

Der „Süddeutscher Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 24 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mk., Reklamen 36,00 Mk., Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926

TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Süddeutscher Volksbote

Nummer 172.

Mittwoch, 26. Juli 1922.

29. Jahrgang.

Der alte bayerische Ordnungsblock.

Die neue Mehrheit gegen das Reich

SPD. München, 25. Juli. (Eig. Drahtber.)

Der bayerische Landtag hat am Dienstag nachmittag mit knapper Mehrheit gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien, der Demokraten, der pfälzischen Abgeordneten der Deutschen Volkspartei der Regierung das Vertrauen in Sachen der bayerischen Gesetzgebung zum Schutz der Republik ausgesprochen. Der Ministerpräsident ließ dem Wahlsatz eine längere Erklärung vorausgehen. Diese Erklärung wendet sich in scharfen Ausdrücken gegen die Reichsregierung.

Die Tätigkeit des Reiches in der Abwehr gegen republikanische Umtriebe sei ebenso weit gegen links ausgeschlagen, wie das Treiben der politischen Nordpropagandisten nach rechts. Sie habe die Richtung nach einer Klassenherrschaft genommen. Die bayerische Regierung sehe in der Errichtung eines Staatsgerichtshofes ein Mißtrauensvotum für ihre eigene Gerichtsbarkeit. Eine Gefahr schlimmster Art sei das Beamtengesetz, mit dem Reichskriminalgesetz aber habe das Reich die Art an die Polizeiherrschaft gelegt. Vor allem beklage die bayerische Regierung das Verhalten der bayerischen Mehrheitssozialisten im Reichstag. — Der Ministerpräsident wandte sich dann mit scharfen Worten gegen die „Umtriebe“ der mehrheitssozialistischen Partei in der Pfalz, welche die gegenwärtige innerpolitische Situation zu „Abtrennungsbestrebungen“ ausnützen.

Der Sprecher der Bayerischen Volkspartei wandte sich ebenfalls mit scharfen Worten gegen die Politik des Reichstages und der Reichsregierung. Er verglich die Gesetzgebung des Reiches zum Schutze der Republik mit den Karlsbader Beschlüssen und dem Gewissenszwang der „Göttinger Sieben“. Er schloß: Wir denken „in diesem Augenblick“ keineswegs an die Verwirklichung der Monarchie.

Genosse Timm gab im Namen der Sozialdemokraten folgende Erklärung ab: Die Verordnung stellt einen Treubruch gegen das Reich und eine Verfassungsverletzung dar, die ohne Beispiel in der Geschichte Deutschlands ist. Die bayerische Regierung hat sich damit außerhalb der Gesetze gestellt. Wir lehnen es ab, in diesem Landtag mit ihr in eine Erörterung über die Angelegenheit einzutreten. Das Wort haben jetzt: Reichstag, Reichsregierung und Reichspräsident! Wir sind überzeugt, daß die über große Mehrheit des bayerischen Volkes, das deutsch ist und deutsch fühlt, wie ein Mann hinter der Reichsgewalt steht und Reichsrecht und Verfassung anerkennen wird. Den Antrag für ein Vertrauensvotum für die gegenwärtige bayerische Staatsregierung lehnen wir ab.

Der Sprecher der Unabhängigen, welcher verschiedentlich Ausdrücke wie „Machtergreifung“ und „Reichs-Hochverrat“ gebraucht, wurde von der Rechten mit stürmischen Zwischenrufen unterbrochen und vom Präsidenten zweimal zur Ordnung gerufen mit der Begründung, der Landtagspräsident habe nicht die Auffassung, daß es sich hier um einen Verfassungsverstoß handle. (!)

Der Sprecher der Demokraten fand überaus kräftige Worte gegen das Verhalten der bayerischen Regierung. Er schloß mit den Worten: „Es ist ein schwerer Irrtum, daß auf diesem Wege der föderalistische Gedanke gefördert wird. Der verfassungsmäßige Boden ist von der Regierung verlassen worden.“

Zum Schluß erklärten die pfälzischen Abgeordneten der Volkspartei den Austritt aus der Fraktion und teilten mit,

daß sie gegen das Vertrauensvotum für die Regierung stimmen werden.

Die Landtagsfraktion der Unabhängigen beschloß einstimmig die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Fraktionen des Landtages. Es wurde ein Schreiben an die sozialdemokratische Landtagsfraktion gerichtet, worin die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaft gefordert wird. Das Schreiben schließt: „Nun stehen wir in Bayern auf einem Boden, der in ganz besonderem Maße gefährdet ist. Es fragt sich, ob nicht sachliche Notwendigkeiten vorliegen, entsprechende Maßnahmen zu treffen. Wir fragen Euch, ob Ihr bereit seid zu einer engeren Zusammenarbeit der beiden sozialistischen Landtagsfraktionen.“

Mit der Vertrauensabstimmung für das Kabinett Lerchenfeld ist natürlich eine Umstellung der Mehrheits- und Koalitionsverhältnisse vollzogen. Lerchenfeld stützt sich nunmehr allein auf die bürgerliche und bäuerliche Rechte und hat damit die Bahn frei für einen neuen Fahr-Kurs. Die Folgen werden nicht ausbleiben: die nächste Landtagswahl muß den Sieg der reichstreuen, republikanischen Parteien bringen. Hoffentlich kann die Sozialdemokratie Bayerns schon geeint in diesen Kampf gehen.

Abwartende Haltung der Reichsregierung.

SPD. Berlin, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In Berlin steht man dem Verhalten der bayerischen Regierung vollkommen ruhig und gelassen gegenüber. Am Dienstag vormittag trat das Reichskabinett zur Besprechung der Lage zusammen. Nach dem Reichskanzler, der über die Mitteilungen des bayerischen Gesandten v. Pegerer unterrichtete, erstattete der von einer Tagung des Bayerischen Bauernbundes loeben aus München zurückgekehrte Reichsernährungsminister Fehr Bericht über seine persönlichen Eindrücke. Die Aussprache ergab die übereinstimmende Auffassung aller anwesenden Regierungsmitglieder, daß das Vorgehen Bayerns verfassungswidrig ist. An überstürzte Maßnahmen, wie eine Inanspruchnahme der Reichsregierung, denkt die Reichsregierung nicht. Sie wird den verfassungswidrigen Schritt Bayerns zunächst mit verfassungsmäßigen Maßnahmen beantworten. Von den drei Wegen, die das Reichskabinett in verfassungsrechtlicher Hinsicht beschreiten muß, ist der erste die Aufhebung der Verordnung durch den Reichspräsidenten, der zweite: Einberufung des Reichstages und Beschlußfassung über die Notverordnung der bayerischen Regierung, die zweifellos eine Mehrheit gegen Bayern ergibt, der dritte: Auflösung des Reichsgerichts. — Laut Artikel 13 der Verfassung wird sich das Kabinett wahrscheinlich zunächst für die letzte Möglichkeit entscheiden. Damit werden die Meldungen, die von einer sofortigen Einberufung des Reichstages sprechen, hinfällig. Auch von einem Rücktritt des Ernährungsministers Fehr, der bekanntlich für die Schutzgesetze gestimmt hat und gegen dessen Willen der Bayerische Bauernbund die bekannte Resolution faßte, kann keine Rede sein. Eine Entscheidung des Kabinetts ist für Mittwoch zu erwarten. Bis dahin werden die zurzeit noch von Berlin abwesenden Minister zurück sein. Reichsjustizminister Dr. Radbruch ist bereits am Dienstag wieder in Berlin eingetroffen. Der Beschluß des Reichskabinetts wird der Öffentlichkeit in Form einer Erklärung übergeben werden.

Der Rechtsstandpunkt der Reichsregierung.

Berlin, 26. Juli.

Die Lage im Konflikt zwischen Bayern und dem Reich wird in Berlin nach Bekanntwerden des Verlaufes der gestrigen Sitzung des bayerischen Landtages nach wie vor als äußerst ernst betrachtet. Man hatte zwar nach den letzten Nachrichten schon damit gerechnet, daß das Ergebnis der Abstimmung kaum anders ausfallen könnte. Immerhin bildet die Bekräftigung des Schrittes der bayerischen Regierung durch die Bayerische Volkspartei doch eine wesentliche Verschärfung der Lage. Das Reichskabinett hat nach der Sitzung am gestrigen Mittag neuerdings noch nicht wieder zur Lage Stellung genommen. Die nächste Sitzung des

Kabinetts ist erst für heute nachmittag angesetzt. Zu ihr werden auch die gestern noch nicht anwesenden Reichsminister Dr. Geßler und Dr. Köster zurück erwartet. Dr. Geßler befand sich bis gestern in Bayern, sodas auf seinen Bericht besonderer Wert gelegt wird, nachdem gestern schon Reichsernährungsminister Dr. Fehr über seine Münchener Eindrücke berichtet hatte. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung in kurzer Frist mit einer genauen Präzisierung ihres Rechtsstandpunktes gegenüber der bayerischen Verordnung an die Öffentlichkeit treten wird. Aus ihr wird unzweifelhaft hervorgehen, daß sie die Anziehung des Paragraphen 48 der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung im gegenwärtigen Fall als nicht gerechtfertigt und juristisch nicht haltbar ansieht.

Der Kampf mit Bayern.

Unsere Berliner Vertretung schreibt uns: In Berlin betrachtet man die Ausichten des Kampfes mit Bayern, der durch die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli in ein akutes Stadium getreten ist, sehr ruhig. Ueber die Rechtsfrage besteht kein Streit; denn eine Frage existiert hier einfach nicht. So wenig wie man mit einem Mann, der einem die Uhr aus der Tasche zieht, juristisch debattieren kann, ist eine juristische Debatte mit einer Landesregierung möglich, die sich auf den absurden Standpunkt stellt, sie könne ein soeben erlassenes Reichsgesetz auf dem Verordnungswege außer Kraft setzen.

Die bayerische Regierung ist sich zweifellos auch der vollkommenen Unhaltbarkeit ihres Vorgehens selber ganz gut bewußt. Sie hat ihre Schwäche verraten, indem sie erstens einmal die materiellen Bestimmungen des Gesetzes über den Schutz der Republik in ihre eigene Verordnung mit übernommen hat und indem sie zum zweiten die Pfalz aus dem Geltungsbereich ihrer rechtswidrigen Verordnung herauszieht, die Unterordnung dieses Teils von Bayern unter das Reichsgesetz also einfach anerkennt. Damit wird der Unsinnigkeit des bayerischen Vorgehens geradezu die Krone aufgesetzt. Entweder steht Bayern auf dem Standpunkt, daß das Gesetz unerträglich ist, und dann kann es nicht dieses Gesetz für einen Teil seines Gebiets anerkennen, und für den anderen Teil, dessen materielle Bedingungen im Verordnungswege übernehmen. Oder aber das Gesetz ist für Bayern ebensogut wie für jedes andere deutsche Land erträglich, und dann ist es eine Trivialisierung sondergleichen, das Reich in seiner schweren außenpolitischen Lage durch einen Verfassungsbruch in die schwerste Verwirrung zu stürzen.

Die bayerische Regierung unternimmt den lächerlichen Versuch, nach allen Seiten hin Komplimente zu machen. Sie macht der Reichsregierung ein Kompliment durch Uebernahme des materiellen Gesetzesinhalts in ihre Verordnung. Sie macht dem bayerischen Partikularismus ein Kompliment, indem sie für das rechtsrheinische Bayern den Staatsgerichtshof und die Reichskriminalpolizei auszuscheiden veranlaßt. Sie macht vor der Reichstreue der Pfalz ein Kompliment, indem sie das Reichsgesetz für diesen Teil Bayerns ohne weiteres gelten läßt. Die Politik der bayerischen Regierung ist eine Politik der Angst nach allen Seiten hin, und eine solche Politik hat noch niemals Erfolg gehabt.

Die Herren, die in München zu regieren glauben, während sie in Wirklichkeit von allerhand dunklen Elementen regiert werden, haben gewiß keinen geringen Schrecken gekriegt, als auch Nordbayern von ihrem sinnlosen und reichszerstörenden Treiben in unmißverständlicher Weise abrückte. Wie steht die Sache für sie? Die Pfalz haben sie von vornherein aus dem Spiel gelassen, Nordbayern erklärt seine unbedingte Treue zum Reich, in Südbayern geht zum mindesten ein beträchtlicher Volkskeil, der sozialdemokratische und der demokratische, mit der Pfalz, mit Nordbayern, mit dem Reich, Südbayern ist isoliert, und der dort herrschende Kurs hat im eigenen Lande mit den schwersten Widerständen zu rechnen.

Auf wen also kann sich dieser Kurs ernstlich noch stützen? Er ist veranlaßt und beherrscht durch die rechtsradikalen Elemente. Sind aber wenigstens die für die bayerische Regierung zuverläßig? Auch das ist keineswegs der Fall. Denn für diese rechtsradikalen Elemente kann die Verordnung der bayerischen Regierung nur ein ganz schwächliches Kompromiß sein. Sie bekämpfen das Gesetz zum Schutze der Republik als ein gegen sie gerichtetes Ausnahmegesetz. Die bayerische Regierung hat aber die Berechtigung der Notwendigkeit dieses Gesetzes anerkannt, indem sie seinen materiellen Inhalt in ihre Verordnung übernahm. Weniger denn je werden die Rechtsradikalen jetzt von Lerchenfeld etwas wissen wollen. Ihre Sehnsucht geht nach der Wiederaufrichtung des Kaiser-Pöbeler'schen Systems oder, wenn es geht, unter Ueberwindung dieser Vorläufe direkt zu dem südbayerisch-tirolerischen Königreich der Wittelsbacher. Dafür ist aber die Regierung Lerchenfeld, wie sie wohl wissen, nicht zu haben. Um den Rechtsradikalen das Wasser abzugraben aus einer ganz unverständlichen Furcht vor diesem Abenteuerhaufen, hat die bayerische Regierung ihre Verordnung erlassen. Nach ihrer taktischen Absicht ist die Verordnung sozusagen als eine Schutzimpfung gegen den Rückfall in die Krankheit des Kaiser-Pöbeler'schen Systems gedacht. Die Ziele der bayerischen Regierung und jene der Rechtsradikalen sind nicht dieselben. Die weitere Entwicklung wird es noch klar machen, daß im Bloß des bayerischen Mittelstandes breite Risse und Sprünge vorhanden sind.

Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß es die Aufgabe der Reichsregierung ist, den verfassungswidrigen reichsgefährdenden Widerstand Bayerns so rasch wie möglich und mit einem so geringen Schaden für die Allgemeinheit, wie nur möglich, zu befeitigen. Die Methoden, nach denen das zu geschehen hat, unterliegen in diesem Augenblicke noch der Beratung. Dabei wird man sich darüber einig sein, daß es darauf ankommt, nicht die schmerzhaftesten Methoden zu wählen, sondern die wirkksamsten.

Die Londoner Besprechung verschoben.

Einige Pariser Morgenblätter veröffentlichten ein Telegramm aus London, nach welchem Lloyd George im Kabinettsrat bei Besprechung der bevorstehenden Beratung mit Poincaré erklärt hat, der bisherige italienische Außenminister Schanzer habe ihn darum ersucht, die Zusammenkunft zu verschieben, bis das italienische Ministerium gebildet sei und sein Nachfolger ihr beizuhören könne. Der englische Ministerpräsident hat die Berechtigung der italienischen Forderung anerkannt und das Kabinett hat demgemäß beschlossen, Poincaré erst nach der Bildung des italienischen Ministeriums zu antworten.

Der Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ schreibt im Hinblick auf die bevorstehende Reparationskonferenz in London, das englische Auswärtige Amt begrüße den erstinständigen Wunsch Poincarés, positive Vorschläge für den Wiederaufbau Europas zu machen. Es werde zugegeben, daß diese Vorschläge vielleicht sehr weit von dem entfernt seien, was England annehmen könne; aber da jetzt die französische Widerstandigkeit gegenüber jeder Veränderung der wirtschaftlichen Teile des Friedensvertrages aufgegeben sei, vertraue man in der Downingstreet darauf, daß sich eine Verständigung erreichen lassen werde. Unter den Bedingungen, von denen auf englischer Seite die Verwirklichung der bekannten Pläne über die Lösung der Reparationsfrage abhängig gemacht werden soll, nennt das Blatt die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund unter den von Deutschland selbst gestellten Bedingungen, also auch der Anforderung zum Eintritt in den Völkerbundrat. Die englische Politik sei unverändert dieselbe. England werde für Frankreich und Deutschland keine Opfer bringen, wenn Frankreich sich nicht bemühe, seine auswärtige Politik mit den Bedürfnissen Englands in Einklang zu bringen, den Handel wieder aufleben und die politische Stabilität wiederherstellen zu lassen.

Bonomi mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Rom, 25. Juli.

Bonomi ist nunmehr offiziell damit beauftragt worden, das neue Ministerium zu bilden. Es soll der Versuch gemacht werden, ein Kabinett der Linken zu bilden.

Rom, 26. Juli. (Borw.)

Dem „Messager“ zufolge wird Bonomi das Portefeuille des Auswärtigen für sich behalten. De Nova soll Minister des Innern, Amleide Unterriichtsminister. Das Kriegsministerium hat Bonomi dem General Kadoglio angeboten. An der neuen Regierung werden noch Soleri, Mauri, Ronchi, Amendola und Paratore teilnehmen. Die Katholiken werden 3 Portefeuilles erhalten. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die Liste des neuen Ministeriums dem König heute vormittag vorgelegt werden kann.

Eröffnung des Friedenskongresses in London.

London, 26. Juli.

Gestern wurde in der Dienstwohnung des Londoner Oberbürgermeisters der 22. Internationale Friedenskongress eröffnet. 300 Delegierte waren als Vertreter von 20 Nationen zugegen. Der König sandte dem Kongress ein Begrüßungsschreiben, in dem er seine Sympathie für die großen Friedensideale ausdrückt und ersucht die Hoffnung auszusprechen, daß die Bemühungen des Kongresses von gutem Erfolg gekrönt sein mögen. Der englische Kultusminister Fisher eröffnete die Sitzung und sagte: Die Aufrechterhaltung des Friedens hat jetzt wie vor vielen Jahrhunderten im Wunsch der ganzen Welt gelegen und wird das erste Ziel der englischen Regierung sein. Nachdem Fisher auf die Verantwortung Deutschlands am Kriege eingegangen war, erklärte er, daß es der Wunsch der englischen Regierung sei, daß Deutschland in diesem Jahre um die Zulassung zum Völkerbund bittet. Fisher fügte hinzu, daß es nicht im Interesse der Zivilisation liege, daß die Welt in zwei Parteien, in Sieger und Besiegte, geteilt werde. Er meinte, daß die Gelegenheit günstig sei, die Welt von den Lasten der Rüstungen zu befreien und daß so nach Einstellung aller Kriegerüstungen ein Krieg im großen Maßstabe, wie er es gewesen ist, für Generationen hinaus unmöglich sei. Fisher machte dann noch einen Vorschlag von ganz besonderer Art, daß nämlich die ganze zivilisierte Welt die Anwendung des Revolvers verdammen sollte. Er sei die Waffe eines Feiglings, Verbrechers und eines Terroristen.

2600 deutsche Eisenbahnwaggons für Jugoslawien.

L. U. Belgrad, 25. Juli.

Schon vor einem Monat haben einige vereinigte deutsche Industrieunternehmen dem jugoslawischen Verkehrsministerium die Lieferung von 2600 schmalspurigen Eisenbahnwaggons angeboten. Das Verkehrsministerium hat jetzt das Angebot angenommen, aber mit der Bedingung, daß die ganze Lieferung längstens bis Anfang April künftigen Jahres erfolgt. Die Übergabe der fertigen Waggons erfolgt in dreimonatlichen Partien schon vom August dieses Jahres ab.

Der österreichische Finanzplan Geht.

Der österreichische Nationalrat erledigte gestern die restlichen zum Finanzprogramm der Regierung gehörigen Vorlagen, darunter den Zolltarif, die Novelle zum Ausfuhrabgabengesetz und das Beamtengejetz sowie eine Reihe von Gejetzen. Das bisher erst in zweiter Lesung angenommen waren, darunter das Notenbankgejetz, das Zwangsanziehgejetz und die Verbrauchsteuer-Novelle. Bundeskanzler Seipel gab eine ausführliche Darstellung der von der Regierung bereits durchgeführten oder für die nächste Zeit eingeplanten Sparungsmaßnahmen. — Der Finanzplan der Regierung ist nunmehr parlamentarisch erledigt; das Haus trat in die Ferien.

Monatlich 2 Mill. Tonnen englische Kohle für das vertriebene Amerika.

III. Paris, 24. Juli.

Das amerikanische Seefahrtsamt hat erklärt, daß in amerikanischen Häfen gegenwärtig 400 Schiffe verladen seien, die innerhalb 30 Tagen für Kohletransporte in Dienst gestellt werden können. Infolge der in England gemachten großen Bestellungen sind die englischen Kohlenpreise, die in den letzten Tagen im Sinken waren, wieder steigend und die Arbeitslosigkeit nimmt ab. Wenn der Export anhebt und die Einfuhr genügend organisiert ist, rechnet man mit einem Kohleexport aus England von monatlich 2 Millionen Tonnen. Im Juli dem 1. und 15. August werden

monatlich 500.000 Tonnen nach Amerika transportiert werden. Die amerikanischen Seefahrer entwickeln aber bereits eine lebhafte Tätigkeit, um diese Maßnahmen zu untergraben. Das Exekutivkomitee erklärt, von den englischen Seefahrern bereits die Zusage erhalten zu haben, für Amerika keine Kohle zu fördern.

Gegen die Sowjetjustiz.

In einer großen Versammlung der Rotterdammer Arbeiterschaft protestierte diese einstimmig nach einer Rede Kurt Rosenfelds gegen die Todesurteile in Moskau.

Wie weiter aus Paris gemeldet wird, sprechen dort heute Theodor Liebknecht und Rosenfeld in einer von der Sozialdemokratischen Partei einberufenen Versammlung.

Offene Hand für Mörder.

Ein Montagsblatt bringt aus dem „Prager Kreisblatt“ folgenden schönen Einblick in die monarchistischen Kreise:

„Am Sonntag gelang es der Kriminalpolizei, einen geriebenen Gauner festzunehmen. Es handelt sich um einen gewissen Günther Kruse aus Berlin, der seit Monaten ein abenteuerliches Leben führt. Kruse erzählte wohlhabenden Leuten, daß er Offizier sei und zu den am Erzberger-Mord Beteiligten gehöre. Er sei in der Orgel in München hervorragend tätig gewesen und habe für die Begrabung einer größeren Anzahl von Geschädigten Sorge getragen. Die Angaben wurden ihm tatsächlich geglaubt, und er fand Unterstützung und Aufnahme in kleinen Städten und auf dem Lande, wo sich hilflose Menschen seiner annahmen, bis schließlich sein Treiben auffiel und Anzeige erstattet wurde. Jetzt ist festgestellt, daß an den Erzählungen kein wahres Wort ist und daß Kruse auch nicht Offizier gewesen und habe für die Begrabung einer größeren Anzahl und dann jahreslänglich geworden ist. Er wird auch wegen Betrügereien gesücht.“

Bestimmte Kreise bei den Schwarzweihroten sind eben nicht nur Anhänger des politischen Mordes, sie sind auch hilfreich und nach christlicher Liebe. Sie füttern mit Vergnügen Leute, die sich ihnen als Mörder vorstellen, kleiden sie, schaffen ihnen ein Dach über dem Haupt und helfen für sie den Beutel jederzeit offen. Bei dem Erfolg, den Kruse gehabt hat, wird sein Leid bald Nachfolger haben. Man wird bei den Deutschnationalen mit Erfolg betteln, wenn man nicht auf die zerrissenen Stiefel, sondern auf die Beteiligung an einem politischen Mord hinweist. Die Gauner und die, die sie unterstützen, sind einander wert.

Ein preussisches Disziplinargericht.

SPD. Berlin, 25. Juli.

Die preussischen Gelehe zum Schutze der Republik sehen einen Disziplinarkhof für die nichtrichterlichen Beamten vor. Laut Beschluß des Staatsministeriums übernimmt den Vorsitz in diesem Disziplinarkhof Senatspräsident Meyer vom Kammergericht. An Mitgliedern gehören dem Disziplinarkhof an: Kammergerichtsrat Freymuth, Gerichtsrat Dr. Koene, Gerichtsrat Klee, Gerichtsrat Geheimrat Justizrat Vojchna, Ministerialrat Dr. Hart (Ministerium des Innern), Ministerialrat Dr. Huth (Finanzministerium), Ministerialrat Kanzleisekretär Dr. H. (Landwirtschaftsministerium), Ministerialamtsgehilfe Schade (Finanzministerium), Justiz-Oberrentmeister Reuz (Gerichtsklasse Berlin-Weidling).

SPD. sagt dazu: „Wir begrüßen diese Zusammensetzung des Disziplinarkhofes, der aus zuverlässigen Republikanern besteht. Besondere Anerkennung verdient, daß in ihm nicht nur höhere, sondern auch mittlere Beamte vertreten sind.“

Die neuen Reichsarbeiterlöhne.

SPD. Die im Reichsfinanzministerium am Montag fortgesetzten Verhandlungen führten nach heftigster Dauer zur Festlegung folgender Stundenlöhne:

Lehrgangsstufe	Stundenlohn	für Monat Juli	für August
1	22,10	28,00	30,60
2	21,50	27,20	29,70
3	21,00	26,40	28,80
4	20,50	25,70	28,00
5	20,10	25,10	27,30
6	19,70	24,70	26,90
7	19,40	24,40	26,60
8	19,15	24,15	26,35

Die vorstehenden Löhne gelten für die 24 Jahre alten Handwerker und Arbeiter. Lehrgangsstufe 8 gilt nur für Frauen.

Der bisherige Lohn für Frauen beträgt 75 %, während die neuen Zulagen nur 70 % bringen. Die Spannung zwischen den Ortsklassen beträgt 70 %. Der Lohn verringert sich also von A nach B um 70 %, von B nach C um 1,40 Mk., von C nach D um 2,40 Mk. und von D nach E um 2,50 Mk. — Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums befinden sich in Ortsklasse D nur 7 % und in E nur 5 % der Arbeiter.

Der Generaldirektor der Reichsbahn wurde erneut und dringend die fröhliche Auszahlung der Zulagen gebittet, die Regierungsvorteiler letzten Forderung zu. Ueber die Lehrlingslöhne und über die Zulage für Arbeiter, die Beamtendienst verrichten, wird am Dienstag weiter verhandelt.

Das richtige „Verständigungs“mittel.

Der deutschnationalen „Volkszeitung“ hat einen Obersten namens Fanzel nach Argentinien geschickt. Der Herr schreibt von dort einen Artikel (20. Juli), der folgendermaßen klingen soll:

„Fort mit dem Französischen als Zwangssprache in der Schule! Ergeben wir es durch das Spanische! Deutsche werden in den nächsten Jahrzehnten in Frankreich sprechen. Ländern nur in außerordentlich geringer Zahl tätig sein, um so mehr aber in Ländern französischer Sprache. Bis was württembergische Tätigkeit einst wieder nach Frankreich führt, wird lange Zeit vergehen, und ist es einmal soweit, dann werden andere Verständigungsmittel anzustreben sein — als die Sprache.“

Glaubt der württembergische Organ für die Verbindung des württembergischen Bürgers, durch Artikel wie den des Herrn Obersten etwa die Zeit der Rheinlandsbelegung abspazieren?

Die Deutschnationalen Partei hält ihren vierten ordentlichen Parteitag vom 8. bis 10. Oktober in der Stadthalle zu Eberstadt ab.

Die neuen Bergarbeiterlöhne.

Am Dienstag vormittag begannen im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne. Die Arbeitnehmer forderten einen Lohnzuschlag von 80 Mark pro Schicht, während die Arbeitgeber eine Erhöhung von 40 Mark anboten. Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitnehmer abgelehnt. Am Nachmittag trat ein Schiedsgericht zusammen, das nach mehrstündiger Beratung beschloß, die Löhne im Ruhrgebiet durchschnittlich um 65 Mark pro Schicht, einschließlich Soziallohn zu erhöhen. Von dieser Summe erhalten die Bergarbeiter der Reviere

Niedererschleien	85 %
Oberschleien	90 %
Freistaat Sachsen	94 %
Nachen	87 %
Bayern (Bachlohn)	90 %
(Steinkohle)	70 %

Die Lohnerhöhungen für die anderen Reviere, auch für das mitteldeutsche, werden wahrscheinlich am Mittwoch festgelegt.

Mordverherrlichung.

Das in München erscheinende „Heimatland“ schreibt in seiner dritten Juni-Ausgabe, also unmittelbar vor dem Mord an Rathenau:

„Wir sind ehrlich genug, offen zu bekennen, daß wir uns aus rein politischen Gründen über den Freispruch Killingers herzlich freuen. Weil für uns der Erzbergermord keine juristische und strafrechtliche Angelegenheit ist, sondern eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes. Wir haben nie daraus ein Hehl gemacht, daß wir die Erledigung dieses von allen Hemmungen vaterländischer Natur unbeschwertem Novemberlings für eine Voraussetzung unserer politischen Erneuerung hielten. Aus dem gleichen Grunde sind aber auch in unseren Augen alle jene politische und moralisch gerechtfertigt, die den Mord aufbrauten zur Ausführung einer im vaterländischen Interesse gelegenen notwendigen Tat.“

In derselben Nummer erklärt das „Heimatland“, das sich „vaterländisches Wochenblatt“ nennt, wörtlich: „Rathenau ist der Bolschewismus.“

Der Getreidepatriotismus.

SPD. Die Veröffentlichungen über die Stellungnahme von Organisations des Landbundes zur Getreideumlage haben den „Patriotismus“ großer Teile der Landwirtschaft bereits zur Genüge gekennzeichnet. Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt jetzt einen neuen Fall von „Patriotismus“ des Pommerischen Landbundes mit. Danach war die genannte Organisation von dem Oberpräsidenten der Provinz Pommern zum 11. Juli zu einer Besprechung geladen, in der die Verteilung der Umlage auf die einzelnen Kreise geregelt werden sollte. Das Direktorium des Pommerischen Landbundes lehnte es ab, der Einladung Folge zu leisten und erklärte sich außerstande, an der Durchführung des Umlagegesetzes mitzuwirken.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch andere Provinzialorganisationen des Reichslandbundes das Geseh in der gleichen Weise sabotieren werden. Das bedingt der „Patriotismus“ der Agrarier, der in der Praxis auf dem Grundsatz: „Erst der Geldbeutel, dann das Leben unserer Volksgenossen“ aufgebaut ist. Was beabsichtigt die Regierung zum Schutze der Getreidepublik in dem obengenannten Falle zu tun?

Der erste „Held“ des deutschnationalen Theaters.

SPD. Herr Bazille, seit 1918 deutschnationaler Moralprediger, sucht in der Öffentlichkeit immer noch den Einbruch zu erwecken, als sei die ihm widerfahrene Stümpfung durch den Abgeordneten Genossen Keil in der letzten Reichstagsstimmung nicht zu Recht erfolgt. Bisher hat es der deutschnationalen Moralprediger vorzichtigerweise jedoch unterlassen, die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen klipp und klar zu widerrufen. Statt dessen richtet er lange nachstehende Schreiben an die Presse, denen er jetzt einen Brief an den württembergischen Senatspräsidenten folgen ließ, um die Erwartung auszusprechen, daß Minister Keil seiner Ehrenpflicht nachkommen werde und die im Reichstag gegen ihn erhobenen Beschuldigungen öffentlich wiederhole. Das hat Keil inzwischen längst getan. Selbst bürgerliche Blätter finden das Auftreten des Moralisten Bazille lächerlich. So schreibt z. B. jetzt der Stuttgarter Korrespondent der „Woll. Ztg.“:

„Für die württembergische Öffentlichkeit mutet die ganze Sache geradezu komisch an, denn hier weiß jeder halbwegs Kundige, daß zu den Hauptanschuldigungen Keils gegen Bazille eine Heranziehung der Personalakten gar nicht mehr nötig war. Herr Bazille hat es nur der Unständigkeit seiner politischen Gegner zu danken, daß ihm sein Spiegelbild nicht längst in der Art vorgehalten wurde, wie es weiten Kreisen der Bevölkerung sehr lebhaft vor Augen stand.“

Ob sich der Charakterheld Bazille jetzt an den Chefredakteur der „Woll. Ztg.“ wenden wird, um die Hoffnung auszusprechen, daß deren Stuttgarter Korrespondent die nicht nur erhobenen, sondern auch bestätigten Beschuldigungen „öffentlich wiederholt“? Diese Spekulation von Bazille auf die Dummheit der deutschen Leserschaft entspricht der Auffassung der Deutschnationalen Partei vom deutschen Volk!

Der Münchener Gaußfall.

Das in Würzburg erscheinende Organ der tapferen Christlich-sozialen Partei Bayerns, „Das Neue Volk“, schreibt am 15. Juli im Anschluß an schamlose Begebenheiten von Mitgliedern des Korps „Bavaria“ in München:

„Wir fragen die bayerische Regierung: Was denkt sie zu tun, um friedlichen Bürgern das Leben in München und Bayern noch möglich zu machen? Was gedenkt sie zu tun gegen die Beschimpfung dieser Studenten auf Republik und Reichspräsident? Was gedenkt sie zu tun, um endlich einmal den Gaußfall in München auszumitteln? Nichts wird sie tun. In Bayern ist ja alles herrlich, ist ja die Republik nicht bedroht — liegt Lerchenfeld.“

Börse.

SPD. Berlin, 25. Juli.

Am Dienstag waren am Berliner Devisenmarkt trotz der Zuspitzung der innerpolitischen Lage nur geringe Schwankungen zu verzeichnen. Die Spekulation legte der bayerischen Frage keine allzu große Bedeutung bei. Hinsichtlich der innerpolitischen Angelegenheiten bleibt bis zum Zusammentritt der Londoner Konferenz alles in der Schwebe. Die Börse beobachtet deshalb am Devisenmarkt weitgehendste Zurückhaltung. Der Dollar schwankte heute zwischen 497 und 500. Am Aktienmarkt war das Geschäft im allgemeinen ziemlich still. Lebhafteste Umsätze fanden nur statt in spanischer Aktien, in vertriebenen österreichischen Wertpapieren und ungarischen Renten.

Aufgedeckte Geheimbündelei in Altona.

„Die rächende Hand“ — „Der Stammtisch der Raben“ — Russische Offiziere als Hafenarbeiter.

Die Polizei von Altona teilt mit:

Der Altonaer Polizei ist es vor etwa 14 Tagen gelungen, durch Aufdeckung einer Geheimorganisation die putschistischen Aufmarschpläne nationalistischer Kreise zunächst zu machen. Einige Putschisten sind bereits ins Untersuchungsgefängnis übergeführt. Die Akten sind durch den Herrn Oberstaatsanwalt, Altona, bereits an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik abgegeben. Etwasige sachdienliche Angaben sind an den Polizeichef, Abteilung X, Neues Rathaus, Zimmer 79, zu richten. Die Geheimbündler sind frühere Freikorps-Angehörige. Außerdem scheint auch der deutschnationaler Arbeiterbund in der ganzen Angelegenheit eine unrichtige Rolle gespielt zu haben. Den Beamten der Altonaer Fremdenpolizei war es aufgefallen, daß außerordentlich viele frühere russische Offiziere nach Altona kamen, um im Hafen Arbeit zu nehmen. Sie gaben an, auf Veranlassung des Rittmeisters Raben-Altona, nach Altona gekommen zu sein, der bereit sei, sie vorläufig bei sich aufzunehmen. Die Polizei stellte fest, daß die Russen fast ausschließlich in einer Wohnung in der Gerberstraße versammelten. Bei Ueberholung der Wohnung wurden mehrere von ihnen, darunter der frühere russische Staatsrat Kronberg, sistiert. Bei Kronberg, der ebenfalls hier als Arbeiter tätig war, wurde eine Anzahl kompromittierender politischer Schriftstücke vorgefunden. Die Russen sind inzwischen ausgewiesen worden.

Rittmeister Raben ist im Baltikum Adjutant des Fürsten Amaloff-Bermondot gewesen und unterhielt mit diesem freundschaftliche Beziehungen. Mit der Unterbringung der Russen in hiesigen Arbeitsstellen hat er einem Wunsche des Fürsten entsprochen, der Herrn Raben gegenüber gekündet hat, er wüßte seine früheren Offiziere in seiner Nähe zu sehen, um sie „bei passender Gelegenheit“ zur Hand zu haben. Offenbar handelt es sich dabei um Bestrebungen zum Sturze der gegenwärtigen russischen Regierung. Rittmeister Raben hat die Russen nach Altona kommen lassen und ihnen durch den deutschnationalen Arbeiterbund Arbeit verschafft.

Besonders bedenklich aber ist es, daß Rittmeister Raben hier eine Geheimorganisation unterhält und leitet. Es handelt sich dabei um frühere Angehörige seines Freikorps. Auch um Unterbringung dieser Leute hat der deutschnationaler Arbeiterbund bemüht. Rittmeister Raben behauptet, es sei lediglich

„Der Stammtisch der Raben“

gewesen, den er hier eingeführt habe. Allerdings habe er mitunter einen deutschnationalen Kellner für die Zusammenkünfte bestellt. Er habe die Leute lediglich für den Fall eines erneuten Putsch-Zuzuges in Ober-Schlesien zusammenhalten wollen. Die Umstände sprechen aber dafür, daß Herr Raben die Leute in der Hand haben wollte, wenn nach seiner Auffassung die Gelegenheit zum Sturz der Regierung und der Republik sich bieten sollte. Bei Ermittlungen in einer andern Sache war festgestellt worden, daß der Diätar Johann Christian Georg Zimmermann und der Arbeiter Friedrich Otto Krause, beide aus Leipzig, in ihrer Wohnung, Paulstraße 4, öfter mit andern jungen Leuten unter Umständen zusammenkamen, die auf das Bestehen einer geheimen Verbindung schließen ließen. Bei einer Ueberholung der Wohnung wurden Briefe an frühere Freikorps-Angehörige vorgefunden; die Adressanten werden darin zur Werbung von Leuten aufgefordert, die

„die richtige Gesinnung“

haben und zum Putschen bereit sind. Dabei beruft man sich auf die Verbindung mit Rittmeister Raben. Ferner wurden außer andern Heeresgut vier gefährliche Handgranaten und Infanteriemunition bei einem der Teilnehmer vorgefunden, außerdem Pässe und andere auf verschiedene Namen lautende Papiere, Orden und ober-schlesische Adler mit Blankoformularen für Verleihungen. Festgestellt wurde, daß Zimmermann und Krause mit den russischen Offizieren in Verbindung stehen und öfter heimlich mit ihnen zusammenkamen. Die vorgefundene Korrespondenz ist in vieler Hinsicht psychologisch interessant. So findet sich unter den beschlagnahmten Briefen ein von einer Frau Krüger, Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstraße 1, an Zimmermann gerichteter, worin es heißt: „Jetzt wollte ich, ich könnte so einen reichen Juden, es brauchte kein Politiker zu sein, überfallen; aber ein Wädchegeschäft müßte er haben. Wähle brauche ich. Sollten Sie mal eine Gelegenheit haben, dann bitte, sprechen Sie da für mich vor. . . Nun wünsche ich, daß Sie mit Ihren verbündeten Herren alle gesund und wohlbehalten bleiben bei dem nächsten Unternehmen.“ Geradezu groteske Formen nimmt die Verheerung und der politische Unsinn in dem bei Rittmeister Raben vor-

gefundenen Organisationsstatut an, dem hier einige Proben entnommen seien:

„Unter dem Namen:

„Die rächende Hand“

wird heute hier dieser Verein gegründet. Dieser Verein ist ein in allen Teilen fein organisierter wirtschaftlicher und politischer Geheimbund. Er hat den Zweck, alles Ungeheure auf Erden zu verhindern, die Verbrechen zu verhüten oder die Verbrechen zu bestrafen, den Armen und Schwachen beizustehen und jede Willkürherrschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ferner hat der Verein die Pflicht, allem Schiebertum den unrechtmäßigen Verdienst mit eigenen Mitteln zu nehmen und diese zu bestrafen. Als Hauptaufgabe hat er die Pflicht, die deutsche Republik zu stürzen und an deren Stelle die Monarchie zu errichten und einen reindeutschen Fürsten, frei von fremder Blutmischung, einzusetzen, die Verbrechenregierung unschädlich zu machen, das Judentum zu stürzen und die deutschen Lande wieder freizumachen für ein einzig Volk und Germanentum. Es ist unbedingt Pflicht eines jeden Mitgliedes, die jetzigen Vertreter der Verbrechenregierung zunächst festzunehmen und in höheres Gewahrsam zu bringen. Bei Widerkehrung oder dem geringsten Fluchtversuch werden dieselben sofort unschädlich gemacht. Hierbei ist jedes Mitglied verpflichtet, seine Person ohne Rücksicht auf Angehörige voll und ganz einzusetzen. Auch diejenigen, die seit der Revolution im Dienste dieser Verbrechenregierung gewesen waren, werden festgenommen. Bei der Judenfrage werden diese nicht sofort unschädlich gemacht, sondern sind erst finanziell bis aufs Blut auszumühen, d. h. Vermögen und Banknoten usw. sind zu sichern; alsdann verschwinden die Betroffenen.

Der Verein als Geheimbund erstreckt sich über die ganze Erde und bildet ein einheitliches Ganzes mit dem Sitz in Deutschland. Unter- oder Zweigvereine müssen besonders in allen Teilen fein organisiert sein. Der Hauptauschuß besteht aus 8 Mitgliedern und wählen diese unter sich einen Führer oder General, jeder Zweigverein hat einen Ausschuß von 8 Mitgliedern und diese unter sich wieder ihren Führer oder Vizegeneral zu wählen. . . . Die Zweigvereine haben die Pflicht, auch darauf zu achten, daß für die Mitglieder des Vereins genügend Waffen und Munition vorhanden sind. Es dürfen nur gut fanatische Deutsche aufgenommen werden. Der Zweck heiligt die Mittel, d. h. jedes Mittel, zu unserm Zweck und unser Ziel zu erreichen, ist erlaubt und wird von jedem Mitglied gefordert. . . . Mitglieder linksstehender Parteien sind in jeder Hinsicht finanziell und materiell so zu schädigen, daß sie allmählich zur nationalen Einsicht kommen. . . . Sämtliche Waren von den Industriellen, demokratischen Fabrikbesitzern sind dem Verein dienstbar zu machen. Sollte ein Mitglied in Gefangenschaft geraten oder durch deutsche Richter zu Gefängnis oder Zuchthaus oder gar zum Tode verurteilt werden, so ist es Pflicht des Vereins sowie eines jeden Mitgliedes, denselben mit allen Mitteln, entweder durch List oder Gewalt frei zu machen. . . . Beutegebe werden zur Hälfte unter die Mitglieder verteilt, zur Hälfte fließen sie der Hauptkasse zu. . . . Der Verein hat in genügender Menge zu beschaffen: Geräte, Werkzeuge, Drogen, Waffen mit allen Gattungen, Sprengstoffe, Autos, Flugzeuge, Schiffe, Druckereimaschinen usw. . . . Ferner will er alle Monarchisten der Welt in diesen Bund hineinbringen und erst in Deutschland, dann in Irland, dann in Rußland usw. die Monarchie mit antikemistischer Regierung aus Ruher bringen. . . . Jedes Mitglied ist verpflichtet, nach neuen Mitgliedern Umschau zu halten und wird dieses nach Vorschlag des Hauptauschusses wie folgt gehandhabt: Jede politische Versammlung muß von einigen Mitgliedern besucht werden; diese stellen alsdann die fanatischen Monarchisten und Antikemiten fest und melden diese dem Hauptauschuß. Durch diesen wird also dann festgestellt, ob ein neues Mitglied aufgenommen werden kann oder nicht. . . .

Mit dieser Art nationalistischer Hintertreppenagitation werden heutzutage unreife junge Leute zu Verbrechern am Vaterlande erzogen!

Rittmeister Raben war am Kapp-Putsch aktiv beteiligt und hat alsdann der Brigade Ehrhardt angehört. Später nach Ungarn entflohen, kehrte er nach seiner Amnestierung zurück und war zunächst in der Ortschaft, hierauf im ober-schlesischen Grenzschutz.

Bis jetzt sind Zimmermann und Krause verhaftet. Die eigentlichen intellektuellen Urheber werden allerdings auch diesmal ungehört ausgehen: es sind jene Herrschaften, die durch ihre in Wort und Schrift betriebene Heße sich schon an einer ganzen Reihe politischer Verbrechen zu Mitschuldigen gemacht haben.

schreibung, da weder Seife noch Arzneimittel für die Gefangenen beschafft werden können.

In Gefängnispersonal herrscht nach dem amtlichen Bericht ein solcher Mangel, daß die Regierung sich genötigt gesehen hat, einen Teil der Gefangenen zur Ausübung der Verwaltungs- und Bewachungsfunktionen heranzuziehen! Aus welchen Kreisen sich diese Gefangenen rekrutieren, ist kein Geheimnis: Es sind Kommunisten, die wegen schwerer Verbrechen eingesperrt werden mußten, jetzt aber an den übrigen Gefangenen ihr Mitleiden fühlen können.

Fast die Hälfte aller Gefangenen (47,4 Proz.) sind Untersuchungsgefangene. Charakteristisch ist ferner, daß fast zwei Drittel (61,4 Proz.) der Gefangenen der Ausnahmejustiz (der Tscheka und den revolutionären Tribunalen) unterstellt sind. Je weiter von den Hauptstädten, desto größer ist die Rolle der Tscheka, desto mehr Gefangene sind der Willkür dieses Terrorinstituts ausgeliefert.

Das Grauenhafteste ist aber folgendes: Die Regierung ist außerstande, die Gefangenen auch nur notwendig zu ernähren! Es ist nur die Hälfte der vorgesehenen Hungerrationen bewilligt worden, aber auch diese Rationen sind nur zum Teil und sehr unregelmäßig geliefert worden. Seit dem Hungerjahr 1921 ist nach den Worten des amtlichen Berichtes „in vielen Gefängnissen außer einem Halben, ja selbst einem Viertelpfundbrot (pro Tag und Gefangenen) nichts geliefert worden!“ Die Folgen dieser grauenhaften Wirtschaft werden von der Tageschronik registriert: Im Gefängnis zu Wlask werden täglich 7 bis 11 Personen an Erschöpfung; im Gefängnis zu Bululuf zeigt sich bei den Gefangenen infolge des Hungers Verblöding; in allen Gefängnissen sind zunehmende Krankheiten und Typhusepidemien zu verzeichnen. Und diesem grauenhaften Dasein werden von der Regierung Tausende proletarischer Klassenkämpfer ausgeliefert!

An die Lehrerschaft aller deutschen Schulen!

Kollegen!

Junge Leute, kaum der Schule entwachsen und Gymnasten im Knabenalter, haben unter dem Einfluß einer zügellosen Verheerung und in blindem Unverstand dem gegenwärtigen Geistes unseres Volkes organisierten Mord ihre Dienste geliehen und unserem Vaterland unerträgliches Schicksal zugefügt. Wer trägt die Verantwortung für die Häufung dieser Untaten?

Die öffentliche Meinung gibt uns Lehrern die Schuld an der Verbreitung jenes Geistes, der zur Wahnsinnstat führte. Und wenn man uns die Anklage ins Gesicht schleudert, müssen wir schweigen, den sie ist begründet.

Euch war eine Jugend anvertraut, die aufgewachsen war unter der fürchtbaren Zucht des Sittenzwanges und der Achtung des Gesetzes. Was habt Ihr getan, um sie wieder zu staatlicher Gesinnung und zum Bewußtsein von der Unverletzlichkeit und Heiligkeit der Gesetze zu erziehen?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr nach dem Erzberger-Mord, dem aberdunkelsten einer fortgeleiteten Reihe politischer Morde, getan, um die anvertraute Jugend von dem unheilvollen Irrwahn politischer Kinder und Narren frei zu machen, als könnten Ideen durch Meuchelmord bekämpft werden?

Tausende von Euch: Nichts!

Was habt Ihr getan, um die mißleiteten Kinder fanatischer Eltern von der Notwendigkeit der Achtung vor der Autorität des aus Recht bestehenden Volksstaates zu überzeugen und sie mit der Republik, der Ihr zu dienen verspracht, geistig zu versöhnen?

Tausende von Euch: Nichts!

Im Gegenteil: Zahlreiche Amtsgenossen an Volks-, Mittel- und Hochschulen haben statt dessen durch eigenes schlechtes Beispiel in und außer der Schule den Geist der Mißachtung der Republik, ihrer leitenden Männer und ihrer Farben in die allzu empfängliche Jugend hineingetragen, und damit den Geist der Gesetzmäßigkeit, der zum Mord führte. Sie mußten wissen, daß die monarchistische Propaganda, der sie sich oft heimmungslos ergaben, letztlich zum Bürgerkrieg und zum endgültigen Untergang des Vaterlandes führen muß; und brachten doch nicht die Selbstsucht auf, von ihrem Segelworte zu lassen! Sie klagen wir an der schweren Verfündigung wider ihr eigenes Volk. Möchten sie doch, wenn sie sonst in Krieg und Niederbruch nichts gelernt haben, jetzt endlich schweigen lernen!

Aber auch Euch, Ihr republikanischen Kollegen, können wir nicht von Vorwürfen freizusprechen, die Ihr, innerlich auf dem Boden des neuen Staates stehend, aus Menschlichkeit und ungezügelter Zurückhaltung und tausend fadenscheinigen Gründen bisher unserer Bande fern geliebten seid! Wie viele Köpfe des geistigen Deutschland sollen noch fallen, bis Ihr wachgerüttelt werdet? Wie tief muß unser Vaterland noch ins Elend sinken, bis Ihr den Platz findet, wo Ihr hingehört? Denn durch Euer Beispiel müßt Ihr wirken, bei Kollegen wie bei Schülern; kein besseres Mittel gibt es, als die hoffnungslose Erkenntnis ihrer Ohnmacht und Minderzahl, um jene Unseligen von ihrer Verblendung zu heilen, die sich annehmen, ihre Eigenmeinung über Gesetz und Verfassung stellen zu dürfen!

Darum herein mit Euch in unsere Reihen, zu ehrlichem und männlichem Bekenntnis zur deutschen Republik!

Der Bezirk Freiburg des Republikanischen Lehrerbundes:

- Für die Hochschule: Prof. Dr. Heß, Prof. Dr. Koff, Prof. Dr. v. Schulze-Gävernitz.
- Für die Mittelschule: Prof. Breusch, Prof. Esterle, Direktor Dr. Hausrath.
- Für die Volksschule: Hauptlehrer Dorsner, Hauptlehrer Hipp, Hauptlehrer Maus.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. Juli.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	25. Juli.	28. Juli.
Amsterdam	100 fl.	19525.65
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	3986.—
Kristiania	100 Kr.	8414.45
Kopenhagen	100 Kr.	10761.60
Stockholm	100 Kr.	13008.75
Helsingfors	100 finn. Mk.	1029.70
Rom	100 Lire	2322.55
London	1 £	2232.20
New York	1 Doll.	499.37
Paris	100 Frs.	4222.20
Zürich	100 Frs.	9538.05
Madrid	100 Pesetas	7735.25
Wien	100 K.	1.45 1/2
Prag	100 K.	1137.55
Budapest	100 K.	32.75

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 25. Juli: S. Albertine von Odensee in 4 Tg., S. Richard von Heimsand in 9 Tg., S. Harmonie von Lönburg in 8 Tg., S. Navigation von Kopenhagen in 8 Tg., S. Margala von Kopenhagen in 8 Tg., D. Oranta von Rissna, 26. Juli: D. Stirner von Flensburg von 1 1/2 Tg., D. Wiking von Svendborg in 1 Tg., D. Lübeck von Gothenburg in 2 Tg.

Wiedermärkte.

Damburg, 25. Juli.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird mitgeteilt:

Kälbermarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Doppeltender 4500—4800 M., feinste Mastkälber 3600—4200 M., mittlere Mastkälber 3200—3700 M., geringere Kälber 2200—3000 M., nichtere Kälber 2400—2600 M., Zufuhr: 1555 Kälber. Das Geschäft verlief unverändert gut.

Schweinemarkt.

Es wurde gezahlt für 50 Kg. Lebendgewicht: Beste Fetta 220 Pfd. über 250 Pf. 6400—6450 M., mittelschwere Ware über 220 Pf. 6200—6300 M., gute leichte Ware von 180—220 Pf. 5900—6100 M., geringere Ware 5400—5900 M., beste Sauen 6000—6300 M., geringere Sauen 5400—5900 M., Zufuhr: 2620 Schweine. Das Geschäft verlief flau.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freisinn Lübeck und Heiligenhof Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inzerate Heinrich Steinberg, Berleger; Heinrich Steinberg, Druck v. v. Friedrich Meier & Co., Druck in Lübeck.

Die Gefängnisse in Sowjetrußland.

Aus Kreisen der russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei wird uns geschrieben:

Im Mai dieses Jahres wurde in der gesamten Presse die Nachricht veröffentlicht, daß nach den Angaben des russischen Justizkommissars in den letzten vier Monaten circa 60 Proz. aller politischen Gefangenen auf die sozialistischen Parteien und 15 Proz. auf die „parteilosen“ Arbeiter entfallen. Danach rekrutieren sich also drei Viertel aller politischen Gefangenen in den Gefängnissen der Sowjetregierung aus Angehörigen der sozialistischen Parteien und der eng mit ihnen verknüpften Schichten des Proletariats. Der größte Teil der Inassen der russischen Gefängnisse besteht aus Proletariern, die nicht wegen irgendwelcher Verbrechen, sondern wegen ihrer abweichenden politischen Anschauungen oder ihrer Zugehörigkeit zu den sozialistischen Parteien von der Regierung verfolgt werden.

Wie leben diese vielen Tausenden russischer Gefangenen? Aufschluß darüber gibt uns der soeben veröffentlichte offizielle Bericht des russischen Justizkommissars über den Stand des Gefängniswesens im Jahre 1921. Danach hat die Zahl der Gefangenen im Berichtsjahre zugenommen; sie belief sich zum 1. November 1921 auf 73 194 (in dieser Zahl sind gemeinsam politische und Kriminalgefangene enthalten). Die Gefängnisse sind überfüllt. In vielen Gefängnissen entfallen auf je 100 Plätze 250 bis 300 Gefangene. Obwohl die Gefangenen selbst das Heizmaterial für die Gefängnisse beschaffen, ist ein solcher Mangel an Heizstoffen zu verzeichnen, daß viele Gefängnisse nicht geheizt und das Essen für die Gefangenen nicht zubereitet werden konnte. Die Gefangenen gehen in Lumpen, weil die alten Vorarbeiten an Kleidung und Wäsche zum Teil aufgebraucht, zum Teil in Arresthaft für die Armees requiriert worden sind. Die Verhältnisse in den Gefängnissen hatten jeder Be-

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Achtung, Maurer!**

Alle Maurerarbeiten, die von den Werk-
mauern auf dem Hochfenster ausgeführt wur-
den, sind gesperrt. Kein Maurer darf dortselbst
in Arbeit treten, bevor es von der Organisation
genehmigt ist. (4877)

**Lübecker Straßenbahn
Fahrpreise ab 27. Juli 1922.**

a. Einzelfahrtscheine:

	bis 9 Uhr abends	ab 9 Uhr abends
bis zu 2 Zonen	Mk. 4.-	Mk. 6.-
für 3 u. 4 Zonen	5.-	6.-
5 u. 6	6.-	8.-
7 u. 8	7.-	8.-
9 u. mehr Zonen	8.-	8.-

b) Fahrtscheine ohne Zonenbegrenzung für
Schüler und Lehrlinge bis zum vollendeten
18. Lebensjahre:
Bündel von 15 Stück zum Preise v. M. 30.-

c) Monatskarten, nur gültig an Werktagen:
Zwei. Fahrt: Amal. Fahrt:

bis zu 2 Zonen	Mk. 170.-	Mk. 320.-
für 3 u. 4	210.-	400.-
5 u. 6	245.-	470.-
7 u. 8	280.-	530.-
9 u. mehr Zonen	320.-	580.-

d) Beförderung von Gepäckstücken u. Kunden:
Fahrpreise wie zu a) für Personenbeförderung.

Zur Beachtung! Umtausch der Fahrtscheine
bündel des bisherigen Tarifes für Erwachsene an
unserer Kasse, Kochstraße 49a, oder durch Ein-
sendung im Briefumschlag.
Lübeck, im Juli 1922. (4871)

Die Betriebsbehörde,
Ulbig, Straßenbahn.

Heizungsmonteur

perfekt versprochen (4882)
Ollmann & Münnemann, Breite Straße 27

Wir suchen zu kaufen
**ca. 3000 Stück
Weißdorn-Hammer-
stiele,**
ca. 50—100 cm lang, 25—40 mm
stark. Angebote sind zu richten an
Bräudenbau Glender, Siems.
(4891)

Wegen Erkrankung der
Mutter meines jetzigen
zum 1. resp. 15. August
ein tüchtiges (4885)

Alleinmädchen
oder einj. jung. Mädchen
gesucht. (4878)

3 oder 4 schulpflichtige
Jungen zum Stricken-
und Johannisbeeren-
pflücken gesucht. (4878)

Zum sofortigen Eintritt
gesucht (4894)

ein 2. Meister
für Maschinenfabrikation, un-
bedingt vertraut mit
sämtl. Holzbearbeitungs-
maschinen, gelernt. Tisch-
ler bevorzugt.

Lagerer Holzwerke
G. m. b. H.
Lagen bei Schlutup.

Erwerbst. Mädchen sucht
leeres od. möbl. Zimmer.
(4874) Ang. u. A 295 a. d. G.

Ein einj. möbl. Zimmer
für soliden Mann gesucht.
Ang. mit A 297 an d. G. (4865)

Jungfer Mann sucht sofort
gut möbl. Zimmer. Ang.
mit A 296 a. d. G. (4875)

Al. 2. Jun. Wejn. u. Gas
geg. groß. v. d. Wühlent.
zu tauschen gel. (4875)

1 gut. Kinderwagen, v. perf.
(4888) Hüfgrube 45, 2d.

Gemeinl. Kinderwagen, v. perf.
(4870) Königstr. 45, 2d. I.

Geräthel. Dml.
Defekt wurden durch
die Rebektion dieses
Blattes unsere Geräte
größere und kleinere
Spezial- von fremd-
lichen Gebrauchen zugeführt.
Wir jagen auf diesem
Weg den Verbrauchern
bestmögliche Preis und
bitten: Helft auch weiter
in der möglichsten Rich-
tung, dem (4883)

**Schwarz-rot-goldene
Schleifen und
Fahrradabzeichen**
zu haben in der
Buchhandlung
Friedrich Meyer & Co.
Johannstr. 46.

Uhrmacher
H. u. Goldwaren-
u. Reparatoren (4873)

Uhrmacher
H. u. Goldwaren-
u. Reparatoren (4873)

Uhrmacher
H. u. Goldwaren-
u. Reparatoren (4873)

Was
ist
ein Risiko
für den
Hausfrau?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten
Dr. Oetker's Backpulver „Backin“ ein minder-
wertiges Backpulver verwendet.

Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr
aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten
u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver
das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an
verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Back-
pulver ist — selbstgeschenkt — noch viel zu teuer.

Mit **Dr. Oetker's Backpulver „Backin“** ist jede
Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der
Kuchen immer.

Ebenso empfehlenswert
sind die bekannten
**Dr. Oetker's
Puddingpulver,
Dr. Oetker's
Vanillinzucker.**

Für die
richtige Wiedergabe
telephonisch
übermittelter Anzeigen
übernehmen wir keine
Gewähr. Fehlerhafte,
auf diesem Wege be-
stellte Anzeigen gehen
zu Lasten des
Bestellers.
Die Geschäftsstelle des
Lübecker Volksboten.

**Fußball
und
Schlagball**
Die beiden Lieblings-
spiele unserer Turner.
Von A. Rößner
und P. Brukon.
Mk. 5.50
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
Johannstr. 46.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in halt-
baren Fabrikaten
— als Ersatz für —
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftefabrik. (4882)

**Das
Mädchen
Julob**
Mk. 2.-
Buchhandlung
St. Meyer & Co.,
Johannisstraße 42.

**Beste Preise
für
Gold,
Silber,
Platin,
Double**
(Kauf und Gegen-
stände)
Brillanten
sacht (4812)
Schmied
Carl Michelsen
Nägelstraße 3
(am Ringenberg)

So wie dieser
schönen Laufende auf die Haltbarkeit der
**Leder- und Gummisohlen
und Absätze**
von der
**Reform-Schuhwaren-
Reparatur und Stepperei**
Großbetrieb
50 Hüfstraße 50.
Robert Jenzen.
Fernsprecher 2873.

**Siedlung
und Kleingarten**
Vierseitige Zeitung
in Subskriptionsdruck, reich illustriert,
mit praktischen Erklärungen
für Kleingarten und Siedlung.
Erscheint alle 14 Tage.
Besondere Preis für die Volksboten-
leser monatlich nur 100 Pfennig.
Auch im Einzelverkauf im
„Lübecker Volksboten“

**Umpressen
von Herren-Hüten**
in moderne Formen,
**Hutreparaturen,
Hutreinigung.
Hut-Ziehe**
Wahmstraße Nr. 9.

Zentral-Theater
Johannisstraße 25.
Nur bis Montag, 31. Juli:
Der von der Zensur verbotene
große amerikanische Maska-Film in 6 Akten
Die Spelunke (4889)
von Dawson City
mit Priscilla Dean und Dorothy Philipps
in der Hauptrolle ist nunmehr von der Ober-Zensur-
prüfung unter dem neuen Titel
**Unter den Goldgräbern
von Dawson City**
ohne Ausschritte genehmigt worden.
Ferner:
Der Banfräuber von Pittsburg.
Nach Aufzeichnungen des Detektivs
Will Parker in 7 Akten.
Der Jimmy-Affe.
Eine amerik. Tier-Groteske in 2 Akten, die alles
bisher Dagewesene an Humor übertrifft, mit dem
berühmten Schimpansen
Joe Martin, der Lebensretter.
Spielzeit 4—11 Uhr. Orchesterbegleitung.
Sonntag ab 2 Uhr:
Große Kindervorstellung.

Adlershorst. BALL.
Jeden Donnerstag:
Spezial-Reparaturwerkstatt und
Ankerwädickelei
für Elektromotoren u. Dynamos,
Neuwicklung von Anker,
Neubelegen von Kollektoren,
und sämtliche sonstige Reparaturen.
H. van Groothoest,
Elektro-Ingenieur
Lübeck 4888
Kontor: Königstr. 19.
Werkstatt: Fischergrube 14.

Die höchsten Tagespreise
für Lumpen, Eisen, Metalle,
Papier, Alten, Flaschen usw.
erhalten Sie bei
Fr. Erdmann, Glockengießerstr. 61.
Fernruf 2751. (4868)

Alt-Eisen, alte Maschinen
Auf- u. Schmelzbecken,
Späne, Schmelz-
Gießdruck.
Alt-Metalle,
Kupfer, Zinn,
Messing, Zink,
Eisen, Stahl,
Späne
L. Lissianski, Lübeck.
Großhandel. Fernruf. 876. Kleinhandel.
Felle,
Tier-
haare, Pa-
pier usw. Kaufe
laufend ab jed. Ort
jeden Wochen. — Beste
Abgabestelle für Händ-
ler, Klempner, Schmiede,
Fabrikationsbetriebe.

Herren- u. Damenstoffe
tadellose Qualitäten
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
J. Issler, Sandstr. 24
Spezial-Geschäft. (4840)

**Gummiabfälle
Gummisohlen**
aller Fabriken
in verschiedenen Preislagen
Robert Jenzen
Schuhwarenteparatuer und Stepperei,
Hüfstraße 50.

Dr. Unger
verreist ab 27. Juli.
Zahn-Praxis
W. Rylewsky
Breite Str. 7,
Telephon 1253.
Laboratorium sämt-
licher zahntechn. Ar-
beiten, Umarbeiten
schlecht sitzender Ge-
bisse, Reparatur, etc.
Unschwellige Pa-
tienten werden nach
Möglichkeit an ei-
nem Tage fertige be-
handelt. (4867)

Magereit
Schöne vol-
körperliche
durch unfer
„Negro“ Kraftpulver
in 6 bis 8 W-
chen bis 30 Pf
Zunahme. G-
rant, unschädlich. Ärztlich
empfohlen. Streng reell.
Viele Dankschreib. Bre-
kerton mit Gebr. = Ann
Mk. 30.—, Porto extra.
Alleinige Niederlage
Adler-Apotheke,
Lübeck, Ob. Mengstr. 1.
(4886)

**Deutscher
Metallarbeiter
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck
(4887)
**Gemeinschaftliche
Versammlung**
der
Bauschlosser, Bau-
klempner, Schmied
und Elektriker
am Donnerstag, dem 27. Ju-
li, abends 7 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht von der Lohn-
verhandlung.
Verhandlungsbücher mit-
bringen.
Die Ortsverwaltung

**Sanitäts-
Verband.**
487
**General-
Versammlung**
am Donnerstag, dem 27. Ju-
li, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom
Quartal 1922.
2. Beitragserhöhung.
3. Verschiedene Kassen-
angelegenheiten.
Der Vorstand.

Trocadero.
Schüsselboden 4.
**Wiener Süß-
und Leben.**
Beginn 8 1/2 Uhr.
(4889)

Hansatheater
Heute und folgende
Tage 8 Uhr:
„Mara Sante“
Operette in 3 Akten
von Billy Geisler.
Eine Liebesgeschichte
aus den bulgarischen
Rosenfeldern.
Gäste: Kurt Bissel,
Will Schenk, Adolf
Trimbora, Dir. Ernst
Albert. (487)

Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 26. Juli.

Jugend in Not!

Jugend in Not! Leider muß der Ruf immer wieder erklingen. Schwer hat unsere deutsche Jugend, am meisten Kleinkinder und Schulpfänger, durch die Ernährungsnot während der feindlichen Blockade und unter den Nachwehen des Krieges gelitten; und jetzt wird mit den allernotwendigsten Lebensmitteln, Milch, Brot, ein Wasser getrieben, daß die Empörung darüber immer größer wird. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage sollte jeder Stand Opfer bringen. Leider kann man das nicht von allen behaupten. Infolge der traurigen Ernährungsverhältnisse sind in Industriebezirken von den 1- bis 14jährigen Schulpfängern bis zu 80 Prozent unterernährt, bis 8 Zentimeter unter mittlerer Körperlänge und bis 22 Pfund unter mittlerem Gewicht. Traurige Zustände! Und die Folge — wegen körperlicher Schwäche sind viele Pfandbesitzer nicht imstande, einen gewerblichen Beruf auszuüben. Die Sterblichkeit an Tuberkulose hat stark zugenommen.

Jugend in Not! Nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder Geist wohnen. Die mangelhafte körperliche Verfassung zwingt eine mangelhafte geistige und seelische Verfassung. Unsere Großstadtkinder haben den Zusammenhang mit der Natur verloren. Der Mangel an innerem Gefühl ist die Folge. Es fehlt auch an Interesse und Verständnis für das wirtschaftliche Leben. Die Wohnungsverhältnisse zerstören die Gemeinschaft in der Familie und leider oft dadurch jedes Gemeinschaftsgefühl, ohne das eine Erziehung der Verhältnisse nicht möglich ist. Auch heute noch hat nur eine kleine Teil der Jugend Anteil an den Kulturgütern und gerade dieser Teil der Jugend auf den höheren Schulen und auf den Hochschulen wird weisfremd und volksfeindlich erzogen. Wenn die Kausalität der Eltern hier nicht da ist, aufhört, wird es für diese arme Jugend eines Tages ein schreckliches Erwachen geben. Das deutsche Volk kann keine Führer aus dieser Jugend gebrauchen, die noch in einer vergangenen abgetanen Welt lebt.

Jugend in Not! Folgen der körperlichen und geistigen Mängel sind die Verwilderung und Verwahrlosung der Jugend. Durch Genußgifte — Alkohol und Nikotin — wird der Körper weiter geschwächt. Durch die überflüssigen Kulturerscheinungen, Bars, Dielen, Lichtschabern, schlechte Theater und Kinos, sowie der Schundliteratur wird die angeknackste Jugend tiefer in den Sumpf gezerrt. Wird ein solches Geschlecht Deutschland wieder hinaufarbeiten? Die Antwort muß ein klares Nein sein. Es muß ausgesprochen werden, daß die geschlechtlichen Körperschaften — auch in unserer Stadt — den brennenden Jugendfragen noch nicht das nötige Verständnis entgegengebracht haben. Man wende nicht immer ein: „dazu sind keine Mittel da.“ Milliarden sind vom Reich für die Landwirte für Preisentzug — von der wir nichts merken — und Drückprämierten, ferner für die Keederbeihilfe gezahlt worden. Wo bleiben die Ausgaben für unsere Jugend, ohne das Jugendpflege nicht möglich ist? Trotz der immer mehr steigenden Kosten werden wir es schaffen müssen. Neumünster hat trotz seiner beiden prächtigen Jugendheime jetzt ein drittes mit einem Kostenaufwand von über 2 Millionen Mark erbaut. Und das sollte für Lübeck nicht möglich sein? Wir müssen der Jugend die Gelegenheit geben, die Abendstunden angenehm und nützlich zu verbringen. Wir brauchen dringend Räume, wo die verwahrloste Jugend erziehtlich beeinflusst werden kann. Wir brauchen für die Jugend im Alter von 15 bis 20 Jahren geistliche Vorschriften für die körperliche Ausbildung, geistlich festgelegte Ferien, Mittel für die Gesundheitspflege (Erholungs- und Ferienheime, Wanderungen, Spiel und Sport).

Jugend in Not! Immer ernster treten uns die Folgeerscheinungen bisheriger Vernachlässigung entgegen. Soll das so weiter gehen? Will man lieber warten, bis man hohe Prozentätze der

Jugend in Krankenhäusern und Besserungsanstalten schicken muß? Die Vorbeugungsmittel sind noch billiger und versprechen mehr Nutzen. Ein Teil unserer Jugend aller Stände ist gesund; die in der Jugendbewegung Stehenden! Der Staat kann sie als Stützen gebrauchen. Ohne Geld ist heute aber nichts zu erreichen. Wird man einsehen, daß hier Mittel aufgebracht werden müssen?, daß es um Sein oder Nichtsein geht?

Jugend in Not! Wie lange soll der Ruf noch erklingen?

Ernst Schermer.

*

Aufstellung einer Schulbaracke in Dummersdorf. Die Zahl der Kinder in der Dummersdorfer Bezirksschule hat infolge der dort entstandenen Siedlungshäuser erheblich zugenommen. Sie beträgt zurzeit 70. Da auch die Schule in Räumlichkeitsüberfüllung ist, konnte eine Ueberweisung von Kindern dorthin nicht erfolgen. Es ist daher seit Ostern 1920 eine zweite Klasse eingerichtet. Beide Klassen teilen sich durch Vor- und Nachmittagsunterricht in den ebnen Raum. Dieser Zustand kann natürlich nur vorübergehend sein. Die Schaffung mindestens eines neuen Klassenzimmers ist zurzeit bereits notwendig. Da aber infolge der Erweiterung der Dummersdorfer Siedlung mit einem erheblichen weiteren Zunahme der Schülerzahl in aller nächster Zeit zu rechnen ist, ist es zweckmäßig, auch eine dritte Klasse herzurichten. Es würde sich dadurch eine teilweise Entlastung der Räumlicher Schule erreichen lassen. Zu diesem Zweck empfiehlt die Baubehörde, eine transportable Baracke, wie sie bereits in einigen Schulen in der Stadt und im Eingemeindungsgebiet verwendet sind, auf dem Schulgrundstück in Dummersdorf aufzustellen zu lassen. Eine solche Baracke befindet sich gegenwärtig in der Einriedelstraße. In der Baracke lassen sich 2 Klassen einrichten. Die Kosten für den Abbruch und den Wiederaufbau der Baracke sowie für ihre Instandsetzung betragen 156 000 Mk. Der Senat ist mit dieser Regelung einverstanden und stellt einen entsprechenden Antrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Ausschließung weiterer Baupläze auf dem Heiligen-Geist-Ramp.

Die rege Nachfrage nach Baupläzen für Einfamilienhäuser und die Tatsache, daß nur noch einige Grundstücke hierfür verfügbar sind, erfordern die Ausschließung neuen Baugeländes. Da sich hierfür das Gelände auf dem Heiligen-Geist-Ramp besonders gut eignet, haben die Finanzbehörde und die Baubehörde vorge schlagen, im Anschluß an die dortige Bebauung die im Bebauungsplan festgelegten Straßen auszubauen. Erhalten werden dadurch 29 Grundstücke von 1000 bis 1400 Quadratmeter Größe. Die Straßen sollen in ordnungsmäßiger Weise mit Sief, Gas, Wasser, elektrischem Kabel und Fahrbahnplasterung hergestellt werden. Um die Kosten herabzumindern, sind die bisher üblichen Mindestfahrbahnbreiten von 5 auf 6 Meter in diesen verkehrsarmen Wohnstraßen und die Plattenbeläge auf den Fußwegen auf 0,50 Meter eingeschränkt. Weitere Ersparnisse werden durch die Mitverwendung des bei den Siedlungen gewonnenen weichen Sandes für die Unterdeckung des Fahrbahnplasters erzielt werden.

Für das zu erschließende Gelände ist, unter Zugrundelegung des früheren Bebauungsplanes im Jahre 1905 die Siedelgabe nach dem damaligen Satz von 0,50 Mk. für jedes Quadratmeter Baupläze bereits entrichtet worden. Die nach dem damaligen Bebauungsplan vorgesehenen Straßenflächen waren nach dem Gesetz von der Zahlung der Siedelgabe befreit. Nach dem jetzigen Bebauungsplan ist eine wesentliche Verschiebung der Straßen eingetreten. Für die jetzt aufgetragenen Baugrundstücke ist demnach für einige die Siedelgabe in vollem Umfang, für andere zum Teil und für noch andere überhaupt nicht entrichtet. Eine Umrechnung der Abgabe nach Frontlängen auf Grund der jetzigen Bestimmungen ist nicht möglich. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Siedelgabe dem Einzähler, dem Heiligen-Geist-Hospital, zurückzahlen und die Entrichtung der Abgabe nach den jetzigen Grundrissen den Erwerbenden der Grundstücke aufzuerlegen, die sie bei dem Ankauf des Hauses an das öffentliche Sief zu zahlen haben. Der gesamte zurückzahlende Betrag beläuft sich auf 18 400 Mk., der, da die Siedelabgabe nicht mehr besteht, zweckmäßig den von den Baugrundstücken demnachst eingehenden Siedelgaben entnommen wird. Für die Anschließung der aufzubühenden Straßen der beiden Straßen muß Boden in der verlängerten Melancthon-

straße abgegraben werden. Das Planum dieser Straße wird damit gleichzeitig in billiger Weise hergestellt.

Die gesamten Ausführungskosten der beiden Straßen sind, unter Zugrundelegung der Preise vom 4. Juni d. Js. nach dem Kostenschlag des Oberbauamts Studer und zu 3 320 000 Mk. berechnet. Durch die Straßenbauten werden etwa 33 000 Quadratmeter Bauland erschlossen; die Belastung eines Quadratmeters Bauland mit Straßenbaukosten beträgt somit etwa 71,50 Mk., wobei der Wert des Straßenlandes mit 10 Mk. für das Quadratmeter berücksichtigt ist. Von dem zu erschließenden Baugelände entfallen etwa 16 000 Quadratmeter auf das Heilige-Geist-Hospital und etwa 17 000 Quadratmeter auf den Staat. Nach den anteiligen Frontlängen entfallen von den Kosten auf das Heilige-Geist-Hospital 1 024 300 Mk., und auf den Staat 1 295 700 Mk.

Das Heilige-Geist-Hospital ist mit den Vorschlägen einverstanden, kann aber gegenwärtig diesen Anteil nicht zahlen; es hat deshalb gebeten, der Staat möge die Kosten gegen eine Verpfändung von 5% vom Hundert auslegen; das Heilige-Geist-Hospital werde die Kosten aus dem Erlös der aus dem Gelände des Hospitals verkauften Grundstücke erkräften. — Einem gemeinsamen Antrage der Finanzbehörde folgend, stellt der Senat einen entsprechenden Senatsantrag zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft.

Die Bereinigung der Provinz Lübeck mit unserem Freistaate, eine Frage, die viele Bevölkerungskreise interessieren dürfte, wird am Donnerstag, abends 8 Uhr, in der Schiffergesellschaft von fachverständiger Seite behandelt. Die Veranstaltung erfolgt durch die Deutsche Demokratische Partei, doch hat jedermann Zutritt. Eintritt wird nicht erhoben.

Baufälligkeit in Lübeck.

Im 2. Vierteljahr 1922 sind nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts 62 (im 2. Vierteljahre 1921: 32) neue Wohnhäuser fertiggestellt. 55 von ihnen sind Einfamilienhäuser, 6 enthalten je 2 und eins 5 Wohnungen. 52 mal handelt es sich um Siedlungen. Die Zahl der in den Neubauten entstandenen Wohnungen beträgt 72 (47). 15 enthalten je 3, 14 je 4, 30 je 5 Wohnräume, die übrigen sind größer. Es sind also durch Neubau erheblich mehr Häuser und Wohnungen als 1921 hergestellt worden. Durch Teilung einer Stogwohnung, durch Um- und Aufbaue sind weitere 49 (143) Wohnungen entstanden und 2 (14) eingegangen. Der Gesamtzugang an Wohnungen beziffert sich hiernach auf 119 (176). Der fortgeschriebene Wohnungsbestand der Stadt Lübeck stellt sich für Ende Juni auf 31 433.

*

Verfälschtes Papiergeld ist ungültig. Es bürgert sich immer mehr die Unfälsche ein, die Banknoten, besonders die neuen, weißen Hundertmarkscheine, zu beschreiben. Oft sind alle Ränder mit Rechenexemplen, Mittellängen und Größen bemalt. Derartig unbrauchbar gemachtes Papiergeld ist ungültig und wird von keiner amtlichen Kasse in Zahlung genommen, selbst die Reichsbank lehnt die Einlösung ab. Deshalb ist bei der Annahme solcher Scheine Vorsicht geboten.

Die Geld- und Gartendiebstähle mehren sich. In neuerer Zeit werden die Lagen der Gartenbesitzer über Diebstähle von Kartoffeln, Gemüse usw. immer häufiger. Obgleich mancherlei Maßnahmen getroffen worden sind, um diese Diebstähle zu verhindern, finden sich immer wieder Leute, die dort ertren, wo sie nicht gefast haben. Die Gartenbesitzer sind natürlich empört, wenn sie sehen, daß das mit vieler Sorgfalt und Mühe gezogene Gemüse plötzlich verschwunden ist. Bei der Ermittlung solcher Diebe sollten alle mitarbeiten, damit solchen Leuten das schmutzige Handwerk gelegt wird. In Lüneburg werden auf Veranlassung der Polizei die Ramen aller Garten- und Felder in den Ziegeln der Dämmung dieser Diebstähle.

Verleumdungen von Vorständen des Einigungsamtes. Vom Wohlfahrtsamt wird uns geschrieben: In einer Mitgliederversammlung des Mietervereins sind kürzlich Vorwürfe gegen bestimmte Vorstände des Einigungsamtes erhoben worden, die sich auf eine nach Ansicht des Amtes durchaus unzutreffende Auslegung eines Beschlusses der Vollversammlung des Amtes durch einige Mietervereinsmitglieder gründeten. In der Sache selbst wird das Ergebnis der bereits seit längerer Zeit eingeleiteten Untersuchung der Angelegenheit durch den Senat abzuwarten sein. Die Ver-

Anne Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von A. von der Eider.

68. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Im Grunde genommen war es gut, daß sie hier war. Sie konnte so ungestört den Gedanken an ihre unglückliche Liebe nachhängen und brauchte nicht täglich, stündlich Zeugnis zu sein, wie Junges mit ihren glühenden Augen und ihren schönen Worten den Vater umgarnete, wie sie die Herrin spielte und stolz und lächerlich auf dem Schmuckstuhl zu Rehwischhof thronte.

„Ach, es war gut so, wie es war!“

Wibbe ertast die Fingerringe des Haushaltes mit ihrer kräftigen jungen Hand, und Gitta gab sie gern ab. Sie war jetzt nahe an die Achtzig, und das Alter machte sich von Tag zu Tag fühlbarer.

Die ersten Tage, wo immer neue Eindrücke wechselten, vergingen Wibbe rasch, dann wurden sie ihr länger und immer länger. Manchmal schien es ihr, als stünde die Uhr im Wohnzimmer still, und sie horchte auf den Schlag des Perpendikels.

Andrees gegenüber behielt sie den herrischen Ton bei, den sie immer den Diensthöfen gegenüber angewandt hatte. Er trat ihr ebenso stolz gegenüber. Wenn sie mit der Haltung einer Königin und dem Befehlston eines Generals an ihn herantat, dann bligten keine braunen Augen auf, er schüttelte die helle, blonde Haarmähne wie ein edler Renner.

Mit Gitta vermochte sich Wibbe fast gar nicht zu unterhalten. Diese verstand nur, was ihr überlaut ins Ohr geschrien wurde. Als Antwort kam selten etwas anderes als „ja, hm — ja, hm —“, oder es folgte ein kicherndes Lachen.

Erzählen konnte die Alte besser; sie erzählte gern von den Sagen, die Heisterneß und die ganze Gegend umgaben. Manchmal Abend saßen sie so beisammen in dem stillen einfachen Wohnzimmer. Draußen schrien die Vögel. Die Dämmerung sank herab. Wenn sie dann aufstanden und hinausgingen, verwoben sich die Schatten längst vergangener Tage mit den Gespenstern der kommenden Nacht, und in allen Winkeln des alten Hauses kauerete etwas Geheimnisvolles, Schauererregendes.

Ein Tag folgte dem andern. Es kamen helle, sonnendurchlichtete Tage, es kamen graue, dämmernde Regentage, dunkle Wolken zogen übers Haus; der Wind vertrieb sie wieder. Heisterneß blieb sich immer gleich. Es war an sonnigen Tagen ebenso finster als an trübigen. Kein Strahl drang durch das Blättergewirr in die niedrigen Fenster.

Andrees fing an, unter den Bäumen aufzuräumen. Zuerst nahm er eine Nieselpappel in Angriff. Er bearbeitete sie mit Säge und Axt. Von der Dachkante aus bejagte er einen Strich an dem Gipfel des Baumes und ließ den abgesägten Stamm langsam daran nieder.

Mit jorkfunkelnden Augen trat Wibbe aus der Tür und sah ihm zu. „Wie kommen Sie dazu, den Baum zu fällen?“ fragte sie heftig erregt. Sie verzog ganz, daß sie die Rolle einer Königin spielte. Ihr Gesicht war rot vor Zorn.

Andrees hakte nicht von seiner Arbeit auf. „Er nimmt dem Hause die Sonne“, antwortete er gleichmütig, „es werden noch mehrere daran glauben müssen.“

Wibbe zog die Stirne kraus. Um ihren Mund zuckte es. Sie wollte ihrem Zorn und ihrem Haß in heftigen Worten Luft machen, aber die ruhige Entgegnung des jungen Mannes entwarfnete sie.

Sie sah ein, daß er Recht hatte, aber sie wollte es sich nicht eingestehen. Sie öffnete die Lippen und schloß sie wieder. Ohne ein Wort zu sprechen, ging sie ins Haus.

Im anderen Morgen wurde sie von einem Sonnenstrahl geweckt. Da war es, als ob dieser ihrem Antlitz einen fremdlichen Schein gab. Als sie aber später Andrees auf der Diele begegnete, grüßte sie ihn stolz und kalt, wie immer.

Ein andermal sah sie, wie er das Nest einer Elster zerstörte. Sie stand gerade vor dem Spiegel, um ihr Haar zu ordnen, und ließ hinaus, so wie sie ging und stand. „Daß das!“ rief sie. „Daß das! Daß die Vögel in Ruhe sein will es nicht haben; es bringt Unglück, wenn man einem Vogel das Nest zerstört.“

Andrees lehnte sich nicht an ihren Zuruf. Er fuhr fort, mit dem Klotzstock in den Birnbaum zu stoßen, bis das Nest herunterwar. Das jorknende Rufen Wibbes wirkte ihn so wenig, wie das Getöse der Elster oben.

Erst als er das Nest zerstört hatte, wandte er sich nach Wibbe um, die bleich und bebend vor Wut, mit halbwegs gelbem Haar hinter ihm stand. „Die Heister sind wahre Räuber“, sagte er. „Sie holen sich die jungen Singvögel und die Eier aus den Nestern. Es wird Zeit, daß hier reiner Kram gemacht wird.“

Behänt ging Wibbe ins Haus. Jetzt mußte sie, warum sie hier noch keine Vögelin fangen gehört hatte, trotzdem der Wald so nahe war. Sie brauchte aber geraume Zeit, ehe sie ihre Aufmerksamkeit überwand, und dem jungen Mann mit dem gewohnten Gleichmut in die Augen sehen konnte.

Von Tag zu Tag fühlte sie immer mehr seine Ueberlegenheit. Aus dem Knecht war ein Herr geworden, der sich Herrenrechte anmaßte; schon fühlte sie sich ihm gegenüber unglücklicher. Sie mußte

es ihm fühlbar machen, daß sie wenigstens im Hause die Herrin war; die Luft mußte erwehrt werden.

„Reinommen zum Essen“, rief sie ihm des Abends von der Hintertür aus in besonders hartem, schroffen Tone zu.

Er nickte, es dauerte aber eine ganze Weile, ehe er kam. Sie und Gitta waren fast fertig mit dem Essen, als er eintrat.

Wibbe hob ihm die Schüssel mit abgewandtem Gesicht zu und stand auf. „Wer nicht kommt so rechter Tisch, geht die Mahlzeit quitt“, sagte sie schroff.

Andrees schweigend den Rest der kalt gewordenen Gräße. Als er hinausging, traf er Wibbe auf der Diele. Er wies mit einer Kopfbewegung hinter sich. „Kannst du abenden, ich bin fertig.“ Das war in derselben Tonart gesprochen, wie vorhin ihre Worte.

Sie begehrt auf. „So, das klingt ja gerade so, als wäre ich Deine Diensthöer!“ Zum ersten Male sagte sie direkt zu ihm, wie es den Diensthöfen gegenüber Gebrauch war.

„Bin ich Dein Knecht, bist Du meine Deern“, gab Andrees zurück.

Einem Augenblick lang machten sie sich mit den Augen wie ein Paar Ringkämpfer. Sie hatten beide den Kopf in den Nacken geworfen, das Haar zurückgestrichen, und ihre Augen bligten. Als sie dann einer in des andern Antlitz gesehen hatten, daß sie sich gleich waren an Kühnheit und Kraft, da gingen sie, ohne sich umzusehen, hochaufgerichtet aneinander vorbei.

„Es ist gut“, dachte Wibbe, „er soll seinen Willen nicht haben. Gitta kann die Schüssel abräumen.“ Als sie aber in die Stube trat, war die Alte sanft eingeschlafen. Der Ausdruck friedlichen Behagens lagerte auf ihrem Gesichte.

Mit gerunzelter Stirn stellte Wibbe die Teller zusammen. Sie horchte hinaus, ob Andrees im Stall war; sie wollte das Geschrei in die Küche tragen, ohne daß er es merkte.

Glück auf Sehenippen, huschte sie über die dunkle Diele. Da stieß sie mit jemandem zusammen, die Teller entfielen ihrer Hand. Der andere, es war Andrees, ging ruhig weiter.

Sie las die Scherben zusammen mit Tränen der Wut in den Augen. Daß sie sich dabei in die Finger schnitt, achtete sie nicht. Die Scherben warf sie auf den Steinbruch des Hofes; es schallte weithin. Etwas befriedigt ging sie hinein; den Hof zu fegen, war Andrees' Sache.

Eine halbe Stunde später saßen sie sich wie allabendlich in der dämmerigen Wohnstube gegenüber. Licht wurde nicht angezündet, da es ja Sommer war. So legte die Dämmerung einen Schleier über die Jüge, die von Haß und Zorn entsetzt waren.

(Fortsetzung folgt.)

Handlungen in dem genannten Verein scheinen aber dazu zu führen, daß Mitglieder desselben glauben, sich in berechtigenden Verfügungen über Vorhänge des Einigungsamtes ergehen zu können. Das Wohlfahrtsamt hat bereits in einem solchen Falle Strafantrag wegen Verleumdung bei der Staatsanwaltschaft gestellt und weist darauf hin, daß in allen Fällen, wo ihm derartige beleidigende Verfügungen bekannt werden, ebenso vorgehen wird. Derartige Verleumdungen haben also die gebührende Strafe vor Gericht zu gewärtigen.

Zur Beendigung des Streiks auf der Ueberlandzentrale wird uns vom Zentral-Verband der Maschinen- und Heizer geschrieben: Gerichte über eine erneute Arbeitseinstellung bei der Ueberlandzentrale aus Anlaß beschuldigter Entlassungen, durchschwirren am Dienstag die Stadt. Diese Gerüchte waren jedoch völlig aus der Luft gegriffen, da ein formeller Abschluß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation erfolgte. Anlaß zu irgend einer Beunruhigung lag nicht vor. — Zum Streik selbst möchten wir bemerken, daß nicht, wie der „Generalanzeiger“ in seiner Ausgabe vom Mittwoch bemerkte, eine Forderung von 40 Mark Stundenlohn bestand, sondern eine solche von 37,50 Mk. für die zweite Hälfte des Monats Juli. Wenn der „Generalanzeiger“ mit behaglichem Schwunzeln am Schluß seines kurzen Berichtes meint, daß die Arbeiter nicht auf ihre Rechnung gekommen wären, so beweist er hiermit erneut, wie groß sein Interesse an der arbeitenden Bevölkerung ist und vor allem, wie die sogenannte Neutralität dieses Blattes beschaffen ist. Die Direktion der Ueberlandzentrale hatte einen Stundenlohn von 35 Mk. für den ganzen Monat Juli zugesagt, jedoch hieran Bedingungen geknüpft, die von der Organisation abgelehnt werden mußten und die den Hauptanlaß zum Streik gaben. In späteren Verhandlungen ließ man diese Bedingungen fallen, jedoch bestand jetzt die Belegschaft auf eine weitere Zulage für die zweite Hälfte des Monats zu den 35 Mk. Wäre der Belegschaft in den Verhandlungen am 17. Juli von den jetzt bewilligten 1,50 Mk. auch nur 1 Mk. zugesagt worden, der Streik hätte an demselben Tage seine Erleichterung gefunden. Prinzipienfragen spielen jedoch bei dem Arbeitgeberwiderstand eine größere Rolle, wie das Wohl und Wehe der Gesamtheit. Man lehnte jede weitere Erhöhung ab und somit waren Verhandlungsmöglichkeiten nicht mehr gegeben. Das Reichsarbeitsministerium hatte auf Veranlassung der Arbeitnehmerorganisation die beantragte Vermittlung angenommen; die Generaldirektion in Hamburg willigte in diesen Vorläufigen Verhandlungen am Sonntag, dem 23. und Montag, dem 24. Juli führten dazu, daß die von der Direktion gestellten Bedingungen fallen ließen, somit konnte die Arbeit im vorher bestehenden Arbeitsverhältnis wieder aufgenommen werden. Da die praktische Auswirkung einer Erhöhung der Löhne für die zweite Hälfte des Juli nicht mehr vorhanden, willigte die Belegschaft in die vorgeschlagene Erhöhung von 1,50 Mk. zum Grundlohn ein. Zu diesem Lohn kommen dann die noch festzusetzenden Zuschläge für Monat August.

Aufseherstreik. Die Arbeiter der Schwarzauer Rührherren-Verwaltung befinden sich seit Montag im Streik. Kein organisierter Arbeiter darf dort in Stellung treten, noch dürfen von anderer Seite für diese Firmen Arbeiten verrichtet werden. Der Arbeiter-Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.

Volkshöhne zu Lübeck. Vom Vorstand der Volkshöhne erhalten wir, mit der Güte um Veröffentlichung, folgende Mitteilung: Die bereits bekannt gemachten Vorstellungen im Stadtmuseum für die Volkshöhne am 7. August. Von Mittwoch, dem 28. Juli bis einschließlich 5. August, erfolgte die Ausgabe der Nähestarten, Morgenstraße 28, Zimmer 1, (öffentliche Besprechungsstunde) von 4 bis 7 Uhr abends. Der Vorstand erwartet, daß die Mitglieder sich ebenfalls in den Tagen der Jahresferien zeigen. Der der Vorstellung sind die Beitragsmarken in einer unserer Zahlstellen zu erwerben. Die Zahlstellen werden noch bekannt gemacht. Die Nähestarten sind so eingerichtet, daß jedes Mitglied daraus erwirkt, was unbedingt notwendig ist. Neuansmeldungen werden zur Zeit nur Johannistag, 30 entgegen genommen. Dort wird bereitwillig jede erforderliche Auskunft erteilt.

Der D.S.V. und die Versicherungsangelegenheiten. Bei den gegenwärtig in Berlin stattfindenden Verhandlungen über die Zulagehöhen forderten die übrigen Organisationsvertreter eine Erhöhung der Gehälter um 40%. Anders der Vertreter des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes Herr Kutsche, der dem Arbeitgeberverband etwa folgendes sagte: „Wir sind nicht für solche Zulagen, wie sie vom Zentralverband der Angestellten gefordert werden. Wir müssen endlich damit anfangen, daß bei der Bestimmung des Leistungsprinzips in der Hauptsache die ausschlaggebende Stelle ist. Wir müssen also schnellstens damit anfangen, den unseren Angestellten weniger prozentuale Zulagen zu geben als den qualifizierten Angestellten“. Herr Kutsche hielt er eine Forderung um 40% als gerecht. Der Vertreter der Arbeitgeber Dr. Donner führte aus, er begriffe es außerordentlich, daß Herr Kutsche das Leistungsprinzip in den Vordergrund gestellt habe. Das sei ein Standpunkt, den der Arbeitgeberverband immer vertreten habe. — Jede Bemerkung zu diesem Ereignis würde nur schwächend wirken. Versicherungsangelegenheiten merkt ihr etwas? Angehörige der niedrigen Belegschaft für die jüngeren Angestellten eine geradezu unglaubliche Gehaltserhöhung.

Verhöhnung. In dem gestrigen Artikel: „Die neuen Sätze der Einkommensteuer“ ist bei den Zahlen in der Rubrik: Die

jährlichen Abzüge vom Einkommen überall eine Null zuviel gesetzt worden. Es muß nicht heißen Werbungskosten 5400 und 10800, sondern 540 und 1080 Mk. usw.

pb. Festgenommenen wurden zwei hier wohnhafte Maurer, die mittels Einbruch aus einem hiesigen Fabrikbetriebe verschiedene dort hergestellte Sachen gestohlen hatten, die größtenteils wieder herbeigeschafft werden konnten.

pb. Diebstähle. Aus einem Krankenzimmer einer hiesigen Krankenanstalt wurde eine kleine goldene Damenuhr mit Lederarmband gestohlen. — Vom Hausflur eines Hauses am Herderplatz wurde ein Fahrrad gestohlen. Für die Herbeischaffung des Rades ist eine Belohnung von 300 Mk. ausgesetzt. — Ferner wurde vom Hofe einer Wirtshaus in der Gr. Burgstraße ein Fahrrad gestohlen. — Am 25. ds. Mts. wurden aus einem an der Wallenitz liegenden Garten folgende Sachen entwendet: 1 braune Wolledecke, 1 großes Federkissen, 1 Damenwintermantel, 1 Schlummerrolle und 1 Paar Damen-Morgenschuhe.

Angrenzende Gebiete.

Altona. Verbotene Schriften. Wegen Vergehens gegen die Verordnung zum Schutze der Republik sind beschlagnahmt worden: Nr. 20 der Zeitschrift „Hamburger Bürgerbote“, Nr. 27 der Zeitschrift „Wovon man spricht“, Nr. 29 der Zeitschrift „Mittel“, Nr. 22 der Zeitschrift „Hamburger Bürgerbote“. Beim Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein ist deren Verbot beantragt worden. — Wegen Verächtlichmachung eines Regierungsmitgliedes sind zwei Personen der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Oldenburg. Keine Einberufung des Landtages. Allgemein war damit gerechnet worden, daß der Landtag wegen Aenderung der Pachtgesetzgebung zu einer kurzen Sommer-tagung zusammenzutreten werde. Wie Oldenburger Blätter melden wird das jedoch nicht geschehen, da die strittigen Fragen durch Reichsgesetz gelöst sind. Wenn sich nichts besonderes ereignet, wird der Landtag daher erst im Januar nächsten Jahres wieder zusammentreten.

Boizenburg. Großes Schadenfeuer in der Boizenburger Wandplattenfabrik. Durch das Einstürzen eines Ofens in der Wandplattenfabrik entstand Dienstag morgen ein großes Schadenfeuer. Eine Schlosserei ist völlig abgebrannt. Mit Döfen sind durch das Feuer unbrauchbar geworden. Der Schaden wird auf Millionen geschätzt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Riel. Explosionsunglück. In Heizingendorf bei Riel erfolgte im Nebengebäude einer Villa, in dem ein Schlosser mit Sprengmaterial arbeitete, eine Explosion, die die Villa zu einem Trümmern zerstörte. Der Schlosser wurde in Stücke zerrissen. Ein Bewohner der Villa wurde unter den Trümmern begabten, konnte aber verwundet geborgen werden.

Oldenburg. Statt Muthergewinn Verlust. Verschiedene oldenburgische Viehhändler, die Schweine nach dem Rheinlande ausführen, haben dort in den letzten Tagen erhebliche Verluste erlitten. Man spricht von ganz erheblichen Summen. Die Ursache liegt darin, daß die rheinische Bevölkerung die hohen Fleischpreise einfach nicht mehr bezahlen kann und deshalb wohl oder übel auf den Fleischgenuss verzichtet oder ihn auf ein Minimum einchränkt. Der Absatz der Fleischer sinkt, und damit auch der Viehhandel. Genau so liegt die Sache übrigens auch bei uns. Der überwiegende Teil der Bevölkerung wird durch die enormen Fleischpreise gezwungen, dem Fleischgenuss zu entsagen, so daß auch hier der Fleischverbrauch ganz bedeutend zurückgeht.

Riel. Die Lohnverhandlung der Preussischen Staatsforstarbeiter gescheitert. Die Lohnverhandlungen der Preussischen Staatsforstarbeiter, welche für ganz Preußen in Berlin geführt werden, sind gescheitert. Der Deutsche Landarbeiter-Verband, welcher die Verhandlungen führt, hatte für alle Forstarbeiter eine 100prozentige Zulage für alle Lohngruppen gefordert. Die Regierung war nur bereit, für einige Regierungsbezirke 25 Proz. und für den größeren Teil der Regierungsbezirke 10 Proz. zu den augenblicklich geltenden Löhnen zu bewilligen. Wenn man weiß, daß die Löhne der preussischen Staatsforstarbeiter in der Provinz Schleswig-Holstein 11,40 Mk. betragen, so ist das Angebot der Regierung geradezu unverständlich.

Neuwünster. Jagdunfall. Bei der Kaninchenjagd zerbrach dem Jagdgesellschaftler Holstorf das Gewehr und dem Berunglückten wurde die linke Hand fast bis zum Gelenk fortgerissen.

Gewerkschaften.

Das wahre Gesicht des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes.

Der D.S.V. ist kein erstoff über eine Reihe von Feststellungen, die allerdings so recht erkennen lassen, daß seine führenden Geister zu der Gesellschaft gehören, die in geistiger Beziehung den Erz-

berger- und Rathenau-Mördern sehr ähnlich sehen. Trotzdem befreit er, daß ein Teil seiner Mitglieder der Gesellschaft angehört. Er befreit ferner, daß einer der Erzberger-Mörder beim D.S.V. Mitglied gewesen sei. Dabei deutet er auf „einen anderen“ Handlungsgehilfenverband hin. Bis jetzt hat man aber noch nicht gesehen, welcher „andere“ Verband da in Frage kommt. Wenn also etwas daran wäre, würde der D.S.V. sicherlich Pferd und Kettler genannt haben. Wie war denn die Öffentlichkeit an diese Wissenschaft gekommen? Die gesamte Presse berichtete über den Kiffinger-Prozess und las man u. a. folgendes:

„Zeuge Kürtter (Polizeibeamter) hat die Schnittfunde am gleichen Tage in Griesbach zusammengesetzt und daraus die Mitgliedsliste des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes herausgefunden, ferner die Zeichen Schütz, Maximilian und München.“

Ist dafür jemand anders verantwortlich als die Presse, die die Zeugnisausgabe widertreibt? Und warum nimmt der D.S.V. Veranlassung, sich dieserhalb an dem blöden Zentralverband der Angehörigen zu reiben? Nur weil seine Seelenverwandtschaft wieder einmal erkannt wurde? Der D.S.V. kann doch nicht bestreiten, daß er die Atmosphäre mit geschaffen hat, die alle diese unheilvollen Folgen zeitigte! Wir brauchen nur an die Verzeichnisse seiner deutsch-völkischen Hefeschriften zu erinnern.

Müssen wir die ganzen Vorkommnisse erst wieder aufrollen, um zu beweisen, in welcher Weise sich die Mitglieder des D.S.V. in jenen Kreisen betätigten? Mit all den reaktionären Organisationen geht er durch dick und dünn. In seinem Verbandsabzeichen trägt der Stamme D.S.V. das Hakenkreuz. Sein Begründer, der Porzellanmaler Kasse, war ausgesprochener Antisemit. In den verschiedensten Bezirken haben die Ortsgruppen des D.S.V. für die Rechtsparteien bei Wahlen offen Propaganda gemacht und lehrten sogar mit den Stahlhelmläutern öffentlich Feste gefeiert. Vor einigen Wochen hat der Gauortsteher Walz noch an solch einer „Sonnenwendfeier“ im Siegerland teilgenommen und die Festspreche gehalten, über die das Zentralorgan in Siegen schreibt:

„... es aber weniger darauf abgesehen hatte, zur Treue und Pflichterfüllung zum Gegenwartsstaat aufzufordern und in dieser Beziehung eine nationale Front herzustellen, um so den Verfall der Nation niederzurufen. Ihm stand mehr die gute alte Zeit vor Augen, und manche Wendungen konnten, so gemähtigt sie auch klangen, so gedeutet werden: Wenn das alte Regime doch wieder käme. Gut und Blut geben wir dafür hin; ein Idealismus, der zu einer Gefahr für den gegenwärtigen Staat werden kann. Um so mehr, als gerade in diesen Tagen allüberall ähnliche Feiern und Zusammenkünfte von Militärvereinen stattfinden. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, ein Beginn, das das deutsche Volk in seinem Habitus beharren und am Ende ganz zugrunde gehen läßt.“

Und sagte nicht der Führer des D.S.V., Herr Walter Lam-

bach einmal: „Wir haben den Glauben, daß wir dieses Ziel erreichen werden und daß wir dann eines Tages auf der Spitze dieses deutschen Volksdoms den besten der Söhne unseres Geschlechts von neuem mit der Kaiserkrone grüßen werden und unter der wallenden schwarz-weiß-roten Fahne in einen neuen Tag des Lichts hineintreten werden um.“

Weshalb nun so entrüstet, lieber D.S.V., wenn dir die Maske vom Gesicht gerissen wird?

Aus aller Welt.

Naubung in eine Weinschänke. In der Bärenweinschänke Niedergorbich bei Dresden wurde von zwei Banditen ein Raubüberfall verübt. Diese drangen spät abends in die Wirtschaft ein. Der eine hielt die fünf anwesenden Gäste mit zwei Revolvern in Schach, während der andere von dem Wirt die Geldschrankschlüssel erpreßte und den Schrank leerte. Die beiden Banditen flohen dann und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Mißlungene Durchschwimmung des Kanals. Aus Paris wird gemeldet: Ein neuer Versuch, die Straße von Calais zu durchschwimmen, ist von dem französischen Schwimmer Michel gemacht worden. Nachdem er aber 16 1/2 Stunden geschwommen war und sich nur noch vier Meilen von der englischen Küste befand, mußte er den Versuch, wie die meisten seiner Vorgänger, aufgeben. — Bisher ist es nur dem englischen Kapitän Webb, und zwar im Jahre 1875, gelungen, den Kanal zu durchschwimmen.

Sieben Schulkinder ertrunken. Die Goethe-Schule in Gelsenkirchen machte einen Ausflug in die Haardt bei Haltern. Beim Uebersehen über die Lippe kippte das Fährboot um, und sieben Kinder ertranken. Dreizehn Kinder wurden von einem Lehrer und einem herbeieilenden Bergmann gerettet.

Zum Tode verurteilt. Der frühere Reichwehrgeneral Fritz Benne wurde wegen Ermordung seiner Geliebten vom Schwurgericht Freiberg zum Tode verurteilt. Benne hatte das Mädchen, da es ein Kind erwartete, in die Mulde gestoßen, um sich den Folgen zu entziehen.

Die Krefse und die — Richter.

Kein Märchen.

Der 12. Verhandlung: Jemandem im Hofsteinhäuser liegt ein kleines Stübchen. Es ist Gerichtstag — Schöffengerichtstag. Angewagt ist der Kriegesbedürftige Fritz K. — Er hat draußen manchen geliebt, er liebt sie, — er liebt sie! Diesmal hatte er Krefse beordert. Im Hofsteinhäuser sind genug, man muß sie nur zu kochen verstehen. Die Krefse haue er verkauft. Klagengeklagt ist der Gerichtswirt M. — Die Krefse hat M. gekauft, überhört zu bereiten und seinen Gästen serviert.

Das Verfahren ist kurz. Fritz K. ist geständig und erhält 14 Tage Gefängnis. Gerichtswirt M. bekennt, versucht zu haben, daß die Krefse „bejagt“ seien. Aber glaubt es ihm? — Urteil wegen Hehlerei 3 Wochen Gefängnis.

Der Fall ist erledigt. — Fritz K. erhebt sich, hochrot im Gesicht: „Wart, de Kama, de got nich weeren kann, dat de Krefse bejagt weeren un ic mi antändig un good bechoht hän, de jast drei Wochen dafür sitzen? — Good, denn schillt ic all mit rick!“ — Gegen den Amtsrichter gewandt: „Ihr Jra hätt oof welche Waj. — Un Ihr Jra un Ihr Jra“ — auf die beiden Schöffen wendend: „Auchteker und Brauerbecker — Jast oof welche Waj.“ — „Un Ihr Jra“ — zum Amtsanwalt gewandt: „Hän mi noch ic veel ardungen, dat ic weeren muß, dat ic ic bejagt got nich verstehen kann! — De schill denn oof mit mir!“

Im Gerichtssaal allgemeine Bestürzung, lange Gespräche. — Eine Stunde später. — Richter und Schöffen haben sich am Stammtisch wieder. — Hebel genannt, schaut jeder in sein Bierglas.

„Ja, meine Herren,“ beginnt der Amtsrichter, — die Sache mit dem Fritz K. ist gar nicht so einfach, — wenn sie zum Klappen kommt, haben wir alle miteinander das Bergangen, aus für ein paar Wochen im Restaurant verplegen zu lassen, bei dem heutigen Treffen allerdings eine verzeihlich lässliche Gewichte.“

Er sagt noch etwas. — Gerichtswirt M. bei Benutzung angelegt. — Das Gericht nimmt nicht als erwiesen an, daß M. gewarnt haben muß, daß die Krefse bejagt seien. — Er wird freigesprochen. — Die Krefse trägt die Schamstange.

Hohenzollernbücher.

Es hebt bei jedem Bücherhändler Nicht bei Courths-Mahler und Karl May die ein'ger Zeit ein neuer Schmöker Mit Friedrich Wilhelms Kommersei. Man sieht's schon an der Reklamschne: Das ist ein Karl von eigenem Schlag! Ein jeder soll der alle Preise! (Der „Tag“, der bracht' es an den Tag). Und ganz wie Friedrich der Große Reichlich er seinen Herdegang (Der Kosner machte bloß die Soge Mit Mandeln und Kajuren mang). Das ist ein Jrah für Lante Nicks Und für den braven Dattel Franz! Sie kämpfen auf die Republik Und schlagen „Heil im Siegertranz“. O, wie in Ihren Vorkensuren Die viele Mittelstränge blüht! Die Schuld liegt bloß an Hindenburgs, Denn der hat ihm nicht zugewinkt. Gott war' er jantich ausgetauten, Er war' gekommen mit Kraft Und hätte Ebert war jespinnen Von wejen „Deutsche Republik“. Und wir, wir hätten unsers Keenich Und hill'jet Fleesch und bejert Bier, Die Kart, die jalte sich so weenich, Und Kaye war' jekt Untoffizier.“ — Wenn sie dann mit dem Besch zu Ende, Sind sie vor Rührung hatterweid, Und beide drücken sich die Hände: „Er muß janz in' demische Reich!“

Die Alten preisen wie die Jungen. Das Wilhelm grüß zum Gebirge!

Und wärzte mit Erinnerungen Die Langeweile im Exil. Und Kosner mach' auch diesmal wieder Die Kiste fertig zum Versand. Dann schickte Wilhelm brau und bieder Sie schleunigt in das Dollerland. Warum auch nicht? Bei der Valuta Lohnt sich solch Geistesausverkauf, Und in Geschäften hört, mein Wita, Sogar Noblesse und Feindschaps auf. Doch, lieber deutscher Spießer, bleibe Nur ruhig und verzage nicht! Du kriegt die kaiserliche Schreibe Ganz sicher auch noch zu Gesicht. Wenn erst des Herbstes Sturmgebrause Die Blätter von den Bäumen löst Und du daheim im muffigen Hause Im warmen Ofen wieder döst: Dann kannst du schwarz auf weiß es lesen, Was Wilhelm für ein Unkuldslamm Und wie du schlecht zu ihm gewesen, Zu ihm und keinem ganzen Stamm. Und wenn, dem du einst lobgedudeit, Daß er zerjprang vor Größenwahn, Dich mit dem dicksten Dred besudeit, Du bist und bleibst ein Anterian. Bor Rührung schwillt dein Herz im Busen, Daß dir die Augen übergeh'n: Denn Wilhelms Wort und Kosners Schmusen Bermagst du nicht zu widerstehn! Du klappst die Haden aneinanda, Die Hände an der Hofennacht — „Bejeht!“ — und geht auf Propaganda Für einen neuen Zollernstaat.

Peter Kiesel